

HAMBURG/DEN 12. AUGUST 1921

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV

JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 72 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTFÜHRUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSEE 5

FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VI. JAHRGANG

NR. 32

Die Neugestaltung des Branntweinmonopols

Seit Erlass des am 1. 10. 19 in Kraft getretenen Gesetzes über das Branntweinmonopol vom 26. 7. 18 (vgl. „W.-D.“ Nr. 36 v. 6. 9. 18) sind eine Reihe von Änderungen notwendig geworden, die teils wiederum durch Gesetz, teils im Verordnungswege erfolgten. Durch Gesetz vom 6. 12. 19 wurde das Monopol auf den aus dem Ausland eingeführten Branntwein ausgedehnt. Für ausländischen Branntwein wurde eine besondere, an Stelle der inländischen Belastung tretende Abgabe (der sogenannte Monopolausgleich) geschaffen (Ver. v. 3. 5. 20). Die Vorschrift, wonach der zu gewerblichen Zwecken bestimmte Branntwein unter Selbstkostenpreis abzugeben war, wurde aufgehoben. Die Gesetzgebung über das Branntweinmonopol ist durch diese und andere Zusätze und Modifikationen unübersichtlich geworden. Das Bedürfnis, sie einheitlich zu gestalten, ist eines der Motive, zu dem gegenwärtig dem Reichstag vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über das Branntweinmonopol.

Wichtiger ist der Zwang, die Einnahmen aus dem Branntweinmonopol wesentlich zu erhöhen. Das Gesetz vom 26. 7. 18 brachte eine Heraufsetzung der Belastung für den Hektoliter Weingeist von 125 auf 800 *M*, gewiß ein ganz erheblicher Sprung. Inzwischen haben sich die Verhältnisse so geändert, daß diese Besteuerung recht unbedeutend erscheint. Die Preise für Branntwein sind nämlich derartig gestiegen, daß die Abgabe nur noch einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz derselben darstellt. Für gereinigten Branntwein wurden im freien Handel zwischen 8000 und 12 500 *M* für 100 Liter Weingeist bezahlt; Branntwein aus Wein, Kirschen und dergleichen erzielte sogar noch höhere Preise. Der Grund für diese Preissteigerung lag weit weniger in den höheren Rohstoff- und Erzeugungskosten, als in einer bei starker Nachfrage eingetretenen Knappheit an Vorräten. Es leuchtet ein, daß eine Besteuerung in Höhe von nur 10 % des Verkaufspreises oder noch weniger in einer Zeit, die auf allen Gebieten die Herauspressung eines steuerlichen Höchstmaßes gebieterisch verlangt, viel zu gering bemessen ist. In Frankreich ist das Hektoliter Weingeist mit 1000 Franken gleich ca. 840 Goldmark, in England mit 2777,78 Schilling gleich 2860 Goldmark belastet, zurzeit also stärker als in Deutschland.

Der Entwurf schlägt nun einen Mindestsatz von 4000 *M* für 100 Liter Weingeist vor. Dieser Betrag ist so gewählt, daß dadurch ein Gleichgewicht mit der Belastung des Weins hergestellt wird. Da 1 Liter Wein mit einem Weingeistgehalt von 10 % und einem steuerpflichtigen Wert von 20 *M* eine

Steuer von 20 % des Wertes, mithin 4 *M* trägt, so beläuft sich die Steuer auf 1 Liter des im Wein enthaltenen Weingeistes auf 40 *M*.

Die Rückwirkung des erhöhten Abgabesatzes auf Verbrauch und Erzeugung von Branntwein wird nicht ausbleiben, und es fragt sich, ob und in welchem Umfang dadurch voraussichtlich der finanzielle Erfolg der Maßnahme in Frage gestellt wird. Die im heutigen Gebiet des Deutschen Reiches hergestellte Branntweinmenge schwankte in den Jahren 1909/10 bis 1913/14 zwischen 2 662 865 und 2 923 991 hl Weingeist. 1914/15 sank diese Ziffer auf 2 008 581 hl. Sie nahm dann in den Jahren 1915/16 bis 1919/20 weiter ab von 1,7 auf 1,5, 1,8, 1 und 0,61 Mill. hl. Seit Anfang 1921 hat sich indessen die Erzeugung erheblich gesteigert. Interessant ist die Entwicklung der Einfuhr in der gleichen Zeit. Von 1909/10 bis 1913/14 stieg sie nicht über 19 260 hl und sank nicht unter 11 123 hl Weingeist im Jahre. 1914/15 schwoh sie auf 28 006 hl, 1915/16 sogar auf 80 059 hl an. Mit 31 067, 37 901 und 16 367 hl in den folgenden Jahren blieb sie über dem Durchschnitt der Friedenseinfuhr, um 1919/20 ganz gewaltig hinaufzugehen: auf nicht weniger als 299 166 hl. Diese Menge übertrifft die durchschnittliche Friedenseinfuhr um das Zwanzigfache, die höchste Einfuhr der Kriegsjahre um das 3½fache und stellt fast die Hälfte der deutschen Erzeugung im gleichen Jahre dar. Mit Sicherheit ist aber anzunehmen, daß die amtlich erfaßte Menge hinter der tatsächlichen Einfuhr namentlich im Westen des Reichs noch weit zurückbleibt. Die Ausfuhr belief sich demgegenüber 1919/20 auf die unbedeutende Menge von 3834 hl. In den Kriegsjahren war sie nicht unter 5027 hl gesunken und hatte 1915/16 noch 17 625 hl betragen bei einem Durchschnitt der Vorkriegsjahre von 20 756 hl. Der Verbrauch an Trinkbranntwein stellte sich von 1909 bis 1914 auf durchschnittlich 2,83 l Weingeist pro Kopf der Bevölkerung; er sank auf 0,16 und 0,43 l 1918/19 und 1919/20, in welchen Jahren der absolute Verbrauch nur 97 802 und 258 500 hl betrug gegen 1 669 423 hl im Durchschnitt der Vorkriegsjahre. Der Verbrauch zu gewerblichen Zwecken belief sich von 1909 bis 1914 auf eine durchschnittliche Jahresmenge von 1 173 214 hl Weingeist und 2 l Weingeist auf den Kopf der Bevölkerung. 1919/20 betrug die absolute Menge nur noch 821 559 hl; auf den Kopf entfielen nur noch 1,36 l. Dabei hatte noch das Jahr 1917/18 mit einem Verbrauch von 1 796 264 hl insgesamt und 3,05 l auf den Kopf eine Höchstziffer des Konsums erreicht.

Als im Jahr 1918, noch vor der unglücklichen Beendigung des Krieges, das Monopologesetz verabschiedet wurde, bemaß die Regierung den nach Wiedereintritt gefestigter wirtschaftlicher Verhältnisse aller Wahrscheinlichkeit nach zu erwartenden Verbrauch an Branntwein zu Trinkzwecken auf etwa 1 Mill. hl. Diese Schätzung wäre mit Rücksicht auf die deutschen Gebietsverluste auf 900 000 hl herabzusetzen. Der Konsum ist bisher weit hinter dieser Zahl zurückgeblieben; allerdings kann ja auch von einer Konsolidation der Wirtschaft keine Rede sein. In der Begründung zu dem neuen Entwurf rechnet die Regierung mit einem zu erwartenden Verbrauch von 400 000 hl, dem $4\frac{1}{2}$ ten Teil des Friedensverbrauches. Dies würde bei der vorgesehenen Belastung mit 4000 $\mathcal{M}$ eine Einnahme von 1,6 Milliarden $\mathcal{M}$ ergeben, während bei einer Belastung mit 800 $\mathcal{M}$ und einem Verbrauch von 900 000 hl nur 720 Mill. $\mathcal{M}$ Steuern herausgesprungen wären. Die Regierung ist so optimistisch, für später eine Steigerung des Trinkverbrauchs auf bald die Hälfte der Friedensziffer anzunehmen, so daß sich bei der jetzigen Bevölkerung von 60 Mill. ein Verbrauch von rund 800 000 hl und eine Einnahme von 3,2 Milliarden $\mathcal{M}$ ergeben würde.

Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Abgabe von Branntwein wird in den Kreisen der Interessenten anerkannt; auch gegen die vorgesehenen Sätze ist kaum Widerspruch erhoben worden. Die Einwände richten sich hauptsächlich dagegen, daß der neue Entwurf die Tendenz hat, den Wirkungsbereich des Monopols zu erweitern und dadurch die private Initiative abermals einzuschränken. Man erblickt darin eine Etappe auf dem Wege zum Vollmonopol. Bezeichnend dafür ist das Gutachten eines Ausschusses, der vom Reichswirtschaftsrat zur Beratung des Entwurfs bestellt wurde, und Vertreter aller durch den Entwurf irgendwie betroffenen Gewerbe befragt hat. Es heißt in dem Gutachten u. a.: „Zu so tiefgreifenden Änderungen glaubte der Ausschuß einen Grund in den bisher mit dem geltenden Gesetze gemachten Erfahrungen nicht zu erkennen. Da das Gesetz sich überhaupt erst seit dem 1. 10. 19 in Geltung befindet, haben Erfahrungen, die zu grundsätzlichen Änderungen berechtigen würden, noch nicht gemacht werden können. Der Sonderausschuß hat sich gleich den Interessentenvertretern dem Eindruck nicht entziehen können, daß es bei der erstrebten Umbildung des Gesetzes ein bewußtes, aber keineswegs wünschenswertes Ziel ist, die Machtstellung der Monopolverwaltung in so hohem Maße zu erweitern und hierzu Funktionen, die nach dem geltenden Gesetz in den Händen übergeordneter politischer Instanzen lagen, den Verwaltungsstellen zuzuweisen.“

Abgesehen von gewissen beabsichtigten Änderungen in der Konstruktion des Monopols, durch die sich die Interessenten zum Schaden des ganzen Gewerbes benachteiligt glauben, ist es die Art, wie die Hektolitereinnahme erhoben werden soll, die nicht gebilligt wird. Der Ausschuß konnte sich nicht damit einverstanden erklären, daß nur eine Mindestziffer (§ 84 des Entwurfs) für die Belastung von 100 l Weingeist festgestellt wird. Seine Wünsche gehen dahin, die Abgabe auf 4–6000 $\mathcal{M}$ nach oben und unten zu begrenzen und den Reichsrat zu ermächtigen, den Höchstbetrag auf 8000 $\mathcal{M}$ heraufzusetzen.

Der Entwurf unterscheidet zwischen „Monopolbrennereien“ d. h. den von der Reichsmonopolverwaltung betriebenen, und den „Eigenbrennereien“, ein Ausdruck, der für die bisher nicht ganz zutreffend als „monopolfrei“ bezeichneten Brennereien eingeführt wird. Die Hektolitereinnahme für den nicht zu Monopolerzeugnissen bestimmten Branntwein ist gemäß § 84 Abs. 2 um mindestens 30 % höher zu be-

messen als die Hektolitereinnahme für diesen. In dieser Bestimmung haben die Interessenten zum Teil eine Handhabe für die Monopolverwaltung zur Erdrösselung der privaten Hersteller erblicken wollen, von der sie Gebrauch machen könne, wenn ihnen der Wettbewerb der Destillateure lästig würde. Ein solcher Wettbewerb kommt aber nicht in Betracht, solange die Monopolverwaltung auf die Herstellung des gewöhnlichen Trinkbranntweins beschränkt wird, während dem Destillationsgewerbe die Herstellung der gesüßten Liköre, überhaupt der feineren Marken, obliegt. Die Abnehmer der Destillateure setzen sich aus anderen Bevölkerungsschichten zusammen als die der Monopolverwaltung. Von dem Zuschlag von 30 % werden im wesentlichen nur Erzeugnisse getroffen, die von Leuten genossen werden, denen es nicht darauf ankommt, hohe Preise anzulegen. Es handelt sich also um eine Art Luxussteuer. Immerhin dürfte das Gewerbe unter ihr zu leiden haben.

Die Meinung, daß der Entwurf der Monopolverwaltung die Möglichkeit geben solle, ihre Befugnisse im Laufe der Zeit immer mehr zu erweitern, stützt sich vor allem auf den § 95 des Entwurfs. Er lautet in der Fassung der Reichsregierung: „Die Reichsmonopolverwaltung bestimmt, welche Monopolerzeugnisse hergestellt und in welcher Form sie in den Verkehr gebracht werden. Sie setzt die Preise und die Bezugsbedingungen fest.“ Der Reichsrat hat ihr, um die Dehnbarkeit und mangelnde Schärfe dieser Bestimmung zu beseitigen, folgende Fassung gegenübergestellt: „Die Reichsmonopolverwaltung darf nur die dem Massenverbrauche dienenden einfachen Trinkbranntweine herstellen. Als solche sind insbesondere Verschnitte von Weinbrand, Arrak und Rum und solche gesüßten Branntweine, die mehr als 10 kg Zucker in 100 Liter enthalten, nicht anzusehen.“ In § 5 des Entwurfs wird die Monopolverwaltung ganz allgemein ermächtigt, „die erforderlichen Anlagen und Betriebe zu errichten oder zu erwerben“. Auch hier ist eine genaue Umschreibung der der Monopolverwaltung zu gebenden Möglichkeiten vermieden. Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrats schlägt deshalb eine andere Lesart vor: „Zur Herstellung von Trinkbranntwein (Monopolerzeugnisse) werden von der Monopolverwaltung die erforderlichen Unternehmungen betrieben. Die Monopolverwaltung ist befugt, zu diesem Zwecke besondere Betriebe zu errichten und bestehende Betriebe anzukaufen, zu pachten oder lohnweise zu beschäftigen.“

An die Verarbeitung des Branntweins zu Monopolerzeugnissen ist die Monopolverwaltung, die das Recht dazu bereits seit dem 1. 10. 19 besitzt, erst reichlich spät, zu Anfang des laufenden Jahres, herangegangen. Es lag dies daran, daß bei der bis dahin herrschenden Branntweinknappheit inländischer Branntwein zu Trinkzwecken nicht zur Verfügung gestellt werden konnte. Heute aber ist sowohl zur Deckung des gewerblichen Bedarfs als auch für Trinkzwecke reichlich Branntwein vorhanden. Sobald dies feststand, hat die Monopolverwaltung die für die Herstellung von Trinkbranntwein erforderlichen Aufwendungen (Erwerb und Einrichtung von Mischanstalten, Ankauf von Flaschen usw.) gemacht. Die ersten Monopolerzeugnisse sollen jetzt in Verkehr kommen und zwar zu niedrigeren Preisen als die der Destillateure.

Zu den Monopolbrennereien gehören vor allem die Betriebe, die Branntwein aus Zellstoffen einschließlich der Ablaugen der Zellstoffgewinnung, aus Kalziumkarbid oder aus anderen Stoffen herstellen, aus denen Branntwein im Monopolgebiet vor dem 1. 10. 14 gewerblich nicht gewonnen worden ist. In den Erzeugen, die der Erzeugung dieses technischen Spiritus im geltenden Gesetze gesteckt sind, soll eine Verschiebung nicht eintreten. Im Entwurf ist jedoch eine

Mindestmenge von 120 000 hl für Sulfitspirit und 40 000 hl für Karbidspirit vorgesehen, um der Monopolverwaltung eine Grundlage für Vertragsabschlüsse zu geben. Es muß sich zeigen, ob durch diese insgesamt 160 000 hl Mindestproduktion die bisher und auch künftig zugelassenen 10 % der Gesamterzeugung an Branntwein überschritten werden. Steigt der gesamte Jahresbedarf an Branntwein über eine Menge von 2,5 Mill. hl Weingeist, so kann den Brennereien von synthetischem Spiritus auch noch die Hälfte der darüber hinausgehenden Menge zur Herstellung überwiesen werden.

Zurzeit sind zehn Sulfitspiritusfabriken im Gang. Infolge Kohlenmangels wurden im Jahr 1920 nur rund 33 000 hl Weingeist von den Laugenbrennereien abgeliefert. Seit Ende 1920 traten günstigere Betriebsverhältnisse ein, so daß 1921 bis jetzt schon rund 30 000 hl Weingeist zur Ablieferung gelangten. Karbidspiritus ist bisher fabrikmäßig nur von der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh. hergestellt worden. Die Genehmigung dazu wurde Ende 1920 vom Monopolamt zu dem Zwecke erteilt, dieser Firma und den mit ihr zusammengeschlossenen Firmen der Teerfarbenindustrie die Möglichkeit zu schaffen, die durch den Friedensvertrag geforderten Farbstoffmengen herzustellen. Aus den verfügbaren Beständen der Monopolverwaltung konnte damals keine Lieferung zu diesem Zwecke erfolgen. Bis Ende März 1921 waren in der Anlage zu Ludwigshafen bereits 1000 hl Weingeist erzeugt. Die jährliche Leistungsfähigkeit kann auf 15 000 bis 30 000 hl Weingeist gesteigert werden. Eine Versuchsanlage zur Herstellung von Karbidspiritus ist in Burghausen (Oberbayern) im Bau begriffen. Nach der Fertigstellung werden dort jährlich etwa 10 000 hl Karbidspiritus erzeugt werden können. Was die 1916 aus Kriegsgründen ins Leben gerufene Herstellung von Spiritus aus Holzabfällen betrifft, so wurde auf Grund der Ergebnisse der ersten Hälfte des Betriebsjahrs 1920/21 die Überzeugung gewonnen, daß nach dem bisherigen Verfahren eine wirtschaftliche Gewinnung von Holzspiritus nicht zu erwarten ist. Der Betrieb der bis dahin noch aufrechterhaltenen Versuchsfabrik wurde deshalb am 15. 4. 21 eingestellt. Inwieweit die Holzspiritusgewinnung nach einem der neueren Verfahren etwa wieder aufzunehmen sein wird, läßt sich zurzeit nicht übersehen.

Die Verarbeitung von Mais wird nach dem geltenden Gesetz mit der Entziehung des Brennrechts bestraft. Bei den unzureichenden Mengen an Kartoffeln und inländischem Getreide erscheint diese Herstellungsweise aber nur als erwünscht, um der Monopolverwaltung den nötigen Branntwein und der Landwirtschaft die zur Viehfütterung erforderliche Schlempe zu verschaffen. Der Entwurf sieht deshalb eine entsprechende Änderung vor.

Das bisher in Geltung befindliche Gesetz gewährt dem Gärungsessiggewerbe besonderen Schutz gegen die Essigessenzindustrie, welche Essigsäure aus Holzessig, essigsauren Salzen oder Kalziumkarbid herstellt. Die Essigsäure ist nämlich mit einer Verbrauchsabgabe von 160 $\mathcal{M}$ für den dz wasserfreier Säure belegt. Weiter ist bisher der Verkaufspreis für Branntwein, der von der Gärungsessigindustrie zur Bereitung von Speiseessig verwendet wird, unter Wahrung der Selbst-

kosten der Monopolverwaltung in den Grenzen festzusetzen, innerhalb deren die Herstellung von Gärungsessig gegenüber der Herstellung von Essigsäure wettbewerbsfähig bleibt. Bei der Festsetzung der Verbrauchsabgabe auf 160 $\mathcal{M}$ war man davon ausgegangen, daß der Preis für Branntwein zur Herstellung von Essig 120 $\mathcal{M}$ für das Hektoliter Weingeist betragen würde. Der Entwurf hält an dem Schutze der Gärungsindustrie fest. Die derzeitige Regelung, wonach die Essigsäure mit einem festen Abgabensatze belastet ist, während der Preis für den für Essigherstellung bestimmten Branntwein mehr oder weniger beweglich ist, birgt aber, wie sich gezeigt hat, den Nachteil in sich, daß bei erheblicher Steigerung des Branntweinpreises entweder die Belastung der Essigsäure hinter dem Branntweinpreise zurückbleibt und für die Gärungsindustrie keinen genügenden Schutz mehr bietet oder daß die Wahrung der Selbstkosten bei der Abgabe des Branntweins zur Essigbereitung nicht mehr möglich ist. Der Entwurf schlägt daher vor, die Essigsäureverbrauchsabgabe, die mit Rücksicht auf die Reichsabgabenordnung nunmehr als Essigsteuer bezeichnet ist, je nach dem Steigen und Fallen des Essigbranntweinpreises beweglich zu gestalten. Die Essigsäuresteuer soll 900 $\mathcal{M}$ bei einem Essigbranntweinpreise von 1000 $\mathcal{M}$ betragen und für je 100 $\mathcal{M}$, um die der Branntweinpreis steigt oder fällt, um 143 $\mathcal{M}$ erhöht oder herabgesetzt werden. Diese Sätze sind auf Grund der Gestehungskosten beider Industrien errechnet worden.

Der Entwurf bemüht sich weiter, die besonderen Schwierigkeiten der Parfümerieindustrie zu berücksichtigen. Diese leidet nicht nur stark unter der unerlaubten Einfuhr über die Westgrenze, sondern auch unter der im Versailler Vertrag auf fünf Jahre festgelegten zollfreien Einfuhr aus Elsaß-Lothringen, wodurch der französischen Konkurrenz Tür und Tor geöffnet ist. Auch im Interesse der Volksgesundheit soll künftig Branntwein zur Herstellung von Heilmitteln, Riech- und Schönheitsmitteln usw. zu ermäßigten Verkaufspreisen abgegeben werden. Diese ermäßigten Verkaufspreise müssen aber mindestens so hoch bemessen sein, daß dabei ein angemessener Teil der Verwaltungskosten und mindestens die schon bisher aus diesem Branntwein erzielte Einnahme von 800 $\mathcal{M}$ für 100 Liter Weingeist dem Reiche gesichert bleibt.

Hierbei ergeben sich jedoch Unzuträglichkeiten für die steuerliche Überwachung der beteiligten Betriebe sowie für die Sicherung des Monopolaufkommens. Diese haben schon um die Jahrhundertwende dazu geführt, die bis dahin vorgesehene Steuerfreiheit des zur Herstellung derartiger Erzeugnisse verwendeten Branntweins aufzuheben. Es soll versucht werden, dieser Schwierigkeiten durch geeignete Überwachungsmaßnahmen Herr zu werden. Die Reichsregierung behält sich aber zur Sicherung des Aufkommens der Monopoleinnahmen die Befugnis vor, die Vergünstigung aufzuheben, wenn diese in zu großem Maße mißbraucht werden oder wenn eine geeignete Überwachung sich als undurchführbar erweisen sollte. Andererseits fürchten die Interessenten, daß ihnen aus dieser Verwendungskontrolle unerwünschte Beschränkungen im Sinne einer Ausdehnung des Monopols erwachsen.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Petroleum und Weltpolitik

Der Ausspruch, im Kriege sei jeder Tropfen Petroleum einen Tropfen Menschenblut wert, den man dem Marschall Foch zuschreibt, kennzeichnet treffend die große Bedeutung, die das Erdöl für die Kriegführung und den Ausgang des Krieges hatte. Um von der weltpolitischen Tragweite der Pe-

troleumfragen ein klares Bild zu gewinnen, ist es nötig, einige technische Einzelheiten kurz zu beleuchten. Die vielseitige Verwendung des Erdöls als Licht-, Wärme- und Kraftquelle, sowie die große technische Bedeutung seiner 300 Derivate bewirkten eine überaus rasche Zunahme des Verbrauchs, mit

dem die Förderung zeitweise nicht mehr Schritt halten konnte. Die Weltproduktion¹⁾ ist von 1842 Barrels im Jahre 1857 auf 688 Mill. Barrels in 1920 gestiegen. Die flüssigen Brennstoffe wurden zu einer der Kohle und der Elektrizität für manche Zwecke überlegenen Kraftquelle, nachdem es der Technik gelungen war, Maschinen zu schaffen, die ihre konzentrierte Energie unmittelbar in Bewegung umsetzen: den Benzin- und den Dieselmotor und ganz besonders durch die Ölfeuerung für Dampfkessel. So wurden die Kriegs- und Handelsflotten Großverbraucher von Heizöl, und alle Nationen, die Anspruch auf Seegeltung machten, mußten der Frage der sicheren Versorgung näher treten. So wie die Seemächte früher nach Kohlenstationen strebten, ist jetzt ihre Aufmerksamkeit auf Ölstationen gerichtet, und jedesmal, wenn irgendwo auf der Welt ein neues Ölfeld vermutet wird, dann beginnt ein allgemeiner Wettlauf der Nationen und der großen Trusts nach Konzessionen. So kommt eine starke politische, nationale Tendenz in die ihrem Wesen nach international-kapitalistische Erdölindustrie.

Gegenwärtig beherrscht der britisch-amerikanische Gegensatz die Petroleumfrage und gibt damit der Weltpolitik eine bestimmte Richtung.

Englands Standpunkt ist durch seine politisch-militärischen und kommerziellen Rücksichten vorgeschrieben. Seine Flotte, von der vor dem Kriege schon 45 % und jetzt sogar 90 % mit Öl heizt, sowie auch seine Handelsflotte sind Verbraucher ersten Ranges, ja ihr Bestand und ihre Konkurrenzfähigkeit hängen mehr oder weniger vom Öl ab. Die Admiralität hatte diese Lebensfrage schon vor dem Kriege richtig eingeschätzt. Das bekannte Programm Churchills vom Jahre 1914 — Sicherung großer Mengen zu erträglichen Preisen, Erschließung neuer Ölgebiete, Schaffung eines weltumspannenden Netzes von Ölbunkerstationen — ist durch die Beteiligung der Regierung an der Anglo-Persian Oil Co. und am Royal Dutch Shell Trust, der aus einer holländischen zu einer britisch-beeinflußten Gesellschaft geworden ist, in großartiger Weise verwirklicht worden. Heute ist die Anglo-Persian, die im Jahre 1909 zur Erschließung der „problematischen“ persischen Ölfelder gegründet war, mit 20 Mill. £ Kapital die drittgrößte Petroleumgesellschaft der Erde mit Interessen in Persien, Mesopotamien, Kanada, Australien, Afrika, Borneo, Ungarn, Rumänien, Mexiko und Argentinien. Es würde zu weit führen, die großzügige britische Petroleumpolitik hier in allen ihren Schachzügen zu verfolgen. Erwähnt sei nur das Verbot, die Aktien englischer Petroleumgesellschaften an das Ausland zu verkaufen, der Ankauf von Aktien des Royal Dutch Shell Trust, und das unter geschickter Ausnutzung der politischen und geschäftlichen Lage zustande gekommene Abkommen von San Remo, durch das Frankreich in den britischen Konzernen einbezogen wurde, indem England es in Rumänien mit 50 % an der Kriegsbeute und mit 25 % in Mesopotamien beteiligte, dafür aber 45 % Anteil an

der mit 100 Mill. fr arbeitenden großen französischen Verkaufsgesellschaft erhielt. Eine wesentliche Stärkung erfuhr Englands Stellung auf dem Petroleummarkt außerdem durch zahlreiche Neugründungen. 1920 wurden in England 32 Mill. £ in Erdölgesellschaften neu angelegt.

Es ist schwer zu sagen, wie groß augenblicklich der von britischen Gesellschaften kontrollierte Anteil der Weltproduktion ist, und ob tatsächlich von einem britischen Anspruch auf das Weltmonopol die Rede sein kann. In dem Bestreben, ihre Politik zu rechtfertigen, haben die Engländer zweifellos zu ungünstige Zahlen genannt. So erklärte der Leiter der Petroleumabteilung im Auswärtigen Amt, das britische Reich verfüge nur über 2 Mill. t jährlich an eigener Produktion, während der Verbrauch 6 Mill. t betrage. Lord Curzon stellte in seinem nach Washington gerichteten Memorandum sehr energisch in Abrede, daß die britische Politik auf Monopolisierung gerichtet sei. 1920 habe England 3,3 Mill. t Öl (Benzin, Leuchtöl, Heizöl und Schmieröl) im Werte von 67 Mill. £ eingeführt, wovon 61 % aus den Vereinigten Staaten, 37 % aus andern Ländern und nur 2 % aus britischen Besitzungen stammte. Während des Krieges habe der jährliche Verbrauch sogar 5,1 Mill. t betragen. Gegen diese Angaben ist einzuwenden, daß die Einfuhren Englands nicht ohne weiteres mit der Produktion in Parallele gesetzt werden können, weil ein großer Teil der über die ganze Welt verstreuten britischen Produktion gar nicht nach England gelangt, sondern zur Versorgung der Länder des britischen Reiches sowie der zahlreichen Ölbunkerstationen dient, ferner auch, daß England wertvolle Ölfelder besitzt, die nicht zum britischen Reich, wohl aber zu seinen Einflußsphären gehören, wie Persien, dessen gewaltige Produktion, die nur von wenigen Bohrlöchern geliefert wird, erst in den Anfängen der Entwicklung ist.

In Amerika mußte Englands erfolgreiche und zielbewußte Politik lebhaft Beunruhigung hervorrufen. Trotzdem die Vereinigten Staaten 64 % der Weltproduktion im Lande haben, müssen sie noch bedeutende Mengen einführen, um den ungeheuren Bedarf der Industrien, sowie der Kriegs- und Handelsflotte zu decken. Sehr schwierig würde Amerikas Lage werden, wenn die aufs äußerste angespannte Produktion eines Tages nachlassen oder ganz erschöpft sein sollte. Nach einem Bericht des U. S. Geological Survey reichen die vorhandenen Mengen noch 29 Jahre, nach andern Untersuchungen nur noch 22. Aus diesem Grunde ist die Petroleumfrage für die Vereinigten Staaten nicht minder eine Lebensfrage wie für England. Die amerikanische Politik muß daher ihr Augenmerk auf andere Länder richten und jede Erschwerung der Beteiligung amerikanischen Kapitals bekämpfen. In allen Teilen der Welt macht die Standard Oil Company, Rockefellers gigantische Gründung mit kraftvoller Unterstützung der amerikanischen Regierung gewaltige Anstrengungen. Das amerikanische Kapital drängt nach Anlage im Ausland. Man schiebt den allmächtigen Dollar überall hin, wo auch nur die entfernteste Möglichkeit der Ölgewinnung besteht. In Mexiko, wo etwa 80 % der im Jahre 1920 23 Mill. t liefernden Produktion in amerikanischen Händen ist, in Kolumbien, das kürzlich 25 Mill. \$ für Ausbeutungsrechte erhielt, in Bolivien, Peru, Venezuela und Argentinien, wo bereits wertvolle Konzessionen in ihren Händen sind, überall entfalten die Amerikaner eine überaus rege Tätigkeit. Auch in Rußland und Rumänien ist amerikanisches Kapital beteiligt.

In allen Ländern ist die amerikanische Politik darauf gerichtet, Gleichberechtigung amerikanischer Bürger bei der Vergabung von Konzessionen zu erlangen. Dem steht das britische Interesse entgegen und so prallen in Süd- und Mittelamerika,

¹⁾ Man rechnet rund 6,7 B. = 1 metrische Tonne. Die Weltproduktion betrug nach den Schätzungen der United States Geological Survey:

	1920	1919	1918	% der Gesamtmenge
Vereinigte Staaten	443,4	377,7	355,0	64,1
Mexiko	159,8	87,1	63,8	23,2
Rußland	30,0	34,3	40,5	4,4
Niederländisch-Indien	16,0	15,8	13,3	2,3
Britisch-Indien	8,5	8,5	8,0	1,2
Persien	6,6	6,3	7,2	1,0
Rumänien	7,1	6,7	8,7	1,1
Galizien	6,0	6,3	5,6	0,9
Trinidad	1,6	2,8	2,1	0,2
Peru	2,8	2,8	2,5	0,4
Ägypten	1,1	1,7	2,1	0,2
Japan und Formosa	2,2	2,1	2,5	0,3
Argentinien	1,4	1,5	1,3	0,2
Deutschland	0,2	0,9	0,7	0,0
Andere Länder	1,5	0,4	0,5	0,2
Zusammen	688,5	554,7	514,7	100,0

im Fernen Osten und im Nahen Orient die Gegensätze heftig aufeinander. Wohl die beiden interessantesten Episoden in diesem mit allen Mitteln des diplomatischen und geschäftlichen Einflusses durchgeführten Kampf sind die Djambiangelegenheit und die mesopotamische Frage. Beide Konflikte zeigen so recht den weltpolitischen Charakter der Ölfragen.

Zunächst die Djambifrage: Die holländische Regierung will von ihrem Recht Gebrauch machen, die seit Jahren offene Frage der Ausbeutung der für sehr reich geltenden Djambifelder auf Sumatra zu regeln. Die geplante Beteiligung der Bataafsche Petroleum Mij., einer Tochtergesellschaft der Koninklijke Petroleum Mij. auch Royal Dutch Shell Trust genannt, läßt die andern Bewerber, die Standard-Oil-Interessenten, nicht ruhen. Hinter diesen steht die gewaltige politische und finanzielle Macht der Vereinigten Staaten, die das ganze Gewicht ihres diplomatischen Einflusses in die Wagschale werfen, die Konzession dem an der Royal Dutch stark beteiligten englischen Kapital streitig zu machen. Als der Gesetzentwurf über die Djambikonzession in der niederländischen Zweiten Kammer beraten wurde, richteten die Vereinigten Staaten eine Note an Holland, in der das Verlangen nach Gleichberechtigung für das amerikanische Kapital gestellt wurde. Trotzdem die Erteilung der Konzession unzweifelhaft eine rein holländische Angelegenheit ist, war die diplomatische Verwicklung da; Holland wurde sogar mit Repressalien bedroht. Das zeigt, mit welcher Schärfe der Kampf geführt wird. Es geht eben nicht mehr um Finanzfragen und Ölkonzessionen, sondern um Fragen der Weltpolitik: Die Djambifrage ist ein Teil des überaus schwierigen Problems des Pazifischen Ozeans. Die Lage an einem Brennpunkt politischen Interesses macht die Kraftquellen der Kriegs- und Handelsflotten für Amerika, England und Japan zu begehrenswerten Stützpunkten im Handelswettbewerb wie auch in künftigen kriegerischen Konflikten. Daher hat die Einmischung Japans die Djambifrage noch viel heikler werden lassen. Wenn auch die japanische Regierung die Form einer Anfrage wählte, ob es möglich sei, daß japanisches Kapital teilnehme, so heißt das doch nichts anderes, als daß Japan die gleichen Rechte beansprucht, die man gewillt ist, Amerika zuzubilligen. Da Japan, das bis jetzt nicht über nennenswerte Ölfelder verfügt, für seine Kriegs- und Handelsflotte sehr großen Bedarf hat, besteht die Möglichkeit, daß die Japaner sich nicht mit der „Anfrage“ begnügen werden, sondern zu gegebener Zeit mit einem bestimmten „Ersuchen“ hervortreten. Holland ist, wie schon so oft in den letzten Jahren, bei äußerst schweren Belastungsproben seines politischen Willens standhaft geblieben. Nachdem die Zweite Kammer mit 49 gegen 30 Stimmen die Vorlage angenommen hatte, erteilte kürzlich auch die Erste Kammer mit 27 gegen 8 Stimmen ihre Zustimmung. Damit ist freilich noch nicht die Spannung gelöst, denn man weiß nicht, wie Amerika und Japan sich nun verhalten werden.

Der Kampf zwischen Deutschland und England um die mesopotamischen Ölfelder schien 1914 durch die Bildung einer Interessengemeinschaft — 50 % englisch und je 25 % deutsch bzw. holländisch — und mit der Erteilung der Konzession an die Turkish Petroleum Co. zum Abschluß gekommen zu sein. Der Ausgang des Krieges führte mit der Ausschaltung des deutschen Einflusses im Orient und durch die heute noch nicht abgeschlossene Veränderung der territorialen Verhältnisse zu einer völlig neuen Situation in der Petroleumfrage. England, das schon glaubte, als Siegespreis für seine mit großen Opfern an Geld und — fremdem, nämlich indischem, Blut durchgeführte Eroberung Mesopotamiens das Monopol auf die Ölfelder einheimen zu können, sieht sich zwei neuen Konkurrenten gegenüber. Die Franzosen beanspruchen in ihrem Siegesrausch die 25 %, die 1914 Deutschland zugestanden waren, sowie auch weitergehende Rechte im „Hinterland“ ihrer syrischen Interessensphäre, zu der die Geographie der französischen Staatsmänner ohne weiteres Armenien und das Gebiet von Mossul — hier liegen die Ölfelder — hinzurechnet. Außerdem treten die Amerikaner auf den Plan. Sie verlangen unter Hinweis auf den durch ihre Hilfe errungenen Sieg bei der Entscheidung in der Ölfrage gehört zu werden und bestehen auf der durch Artikel 22 des Völkerbundvertrages festgelegten Gleichberechtigung der Nationen in den Mandatsländern. Der amerikanische Protest, der sich besonders gegen die Bestimmung des Statuts für das mesopotamische Mandat richtete, daß zur Ausbeutung der Bodenschätze nur Gesellschaften zugelassen werden sollten, deren Länder Mitglieder des Völkerbundes seien, ist in der Note Lord Curzons vom 28. 2. 21 höflich aber bestimmt zurückgewiesen worden. Da dieses Statut ausdrücklich die Konzessionsrechte aus der Zeit vor dem Krieg, also auch das Monopol der Turkish Petroleum Co., bestätigt, ist es klar, daß die englische Politik darauf ausgeht, sein Völkerbundsmandat über Mesopotamien unter Ausschluß der Interessen und Rechte amerikanischer Bürger auszuüben.

Man darf auf die endgültige Entscheidung, die wohl nicht die im April 1920 in San Remo von England und Frankreich ohne Amerika getroffene Regelung ist, sehr gespannt sein, obgleich wohl kein Zweifel besteht, daß England den Löwenanteil behalten wird.

Es wäre verfrüht, jetzt schon ein Urteil zu wagen über den Ausgang des auf der ganzen Linie entbrannten Ölkrieges, der wesentlich dazu beiträgt, die Flotten- und Handelsrivalität zu vergrößern und damit das politische Verhältnis zwischen Amerika und England zu verschlechtern. In Deutschland, wo man dem Verlauf der Dinge mit verschränkten Armen zusieht, werden die Führer des Wirtschaftslebens und der Politik gut tun, diese Fragen und Zusammenhänge im Auge zu behalten.

Dr. W. Schweer

England

Das Ende des Bauprogramms

Es gehört wohl zu den größten Seltenheiten, was das Parlament dieser Tage erlebte. Der ehemalige Minister für Volkshygiene, Dr. Addison, war von seinem Posten zurückgetreten, und hat dies nicht in der gewöhnlichen Weise dem Hause mitgeteilt, indem er seinen Platz auf der ersten Oppositionsbank einnahm, sondern er hat es getan, indem er den Brief verlas, den er dem Premierminister zur Begründung seines Rücktritts geschrieben hatte. Dieser war so scharf, daß Vertreter der Regierung ihn unterbrachen und die Frage aufwarfen, ob es nicht angebracht sei, ihm das Wort zu

entziehen, da das Verlesen eines Briefes nicht üblich sei. U. a. hieß es in dem Schreiben: er trete wegen der gebrochenen Versprechungen der Regierung zurück, der anzugehören er sich schäme!

Was berechtigt Dr. Addison zu solchen Ausführungen? Ein kleiner Rückblick auf die Entwicklung der Wohnungsfrage genügt, um diese Frage zu beantworten.

Die Wohnungsverhältnisse in England sind noch nie gut gewesen. Erinnert sei nur z. B. an die weltbekannten Slums von London oder Liverpool. Im Krieg aber hat sich eine

Wohnungsnot herausgebildet, wie sie auch in England alles bereits Dagewesene überschritt. Die Gründe für diese Verschärfung der Wohnungsfrage sind einfach. Weite Kreise, die früher keine Ansprüche an das Quartier zu stellen gewohnt waren, empfingen hohe Kriegslöhne, und diese erwecken in ihnen das Bedürfnis nach neuen Wohnungen, deren gesetzlich fixierte Mieten außer Verhältnis zur Teuerung standen. Die Bevölkerung drängte sich in den Industriezentren zusammen. Neue Wohnungen werden, da alle Hände im Krieg oder zur Herstellung von Kriegsbedarfsartikeln verwandt sind, zudem kein Material zu beschaffen ist, nicht errichtet.

Diese drei Momente schaffen Zustände, die, das darf man wohl sagen, beinahe aller Beschreibungspotteten. Ein paar Beispiele statt vieler. In dem Bericht über die industrielle Unruhe werden die Wohnungsverhältnisse in dem Ort Barrow, wo das Munitions- und Eisenwerk von Vickers sich befindet, wie folgt beschrieben:

Ich stelle die Wohnungsfrage in den Vordergrund für die Beurteilung der industriellen Unruhe. Die Mehrzahl der Arbeiter hier haben kein Heim im eigentlichen Sinne. In einigen Fällen geht die Frau in die Munitionsfabrik auf Arbeit, aber in den meisten Fällen ist sie damit beschäftigt, sich um Schlafburschen zu kümmern. Die Zahl der Betten, die Tag und Nacht benutzt werden, zählt in die Tausende. Das Schlafburschenwesen untergräbt in diesen Gebieten alle guten Sitten. Industrielle Unruhe und Streiks sind die Folge.

Besonders schlimm waren die Verhältnisse bei Wohnungsverkäufen, wo die Mieter gezwungen werden konnten, die Wohnungen zu räumen. Daß sechs und mehr Leute sich mit einem Zimmer begnügen mußten, ja daß in diesem einen Zimmer eine Niederkunft stattfand, gehörte tatsächlich nicht zu den Seltenheiten.

Solche Zustände werden dann leicht verallgemeinert. Man greift zur Statistik, die ja alles beweisen kann, und an ihrer Hand wird eine Wohnungsnot festgestellt. In der Tat, vor dem Krieg haben sich die Wohnungen um 60 bis 70 000 jährlich vermehrt. Bedenkt man, daß jährlich eine Anzahl Wohnungen unbrauchbar wird und veranschlagt man die Summe dieser auf $\frac{1}{2}$ % des Hausbestandes Englands (gewiß keine zu hohe Amortisation), so gelangt man bei einem Bestand von rund 6 000 000 Wohnhäusern auf rund 30 000 jährlichen Abgang. Somit müssen vor dem Krieg rund 100 000 Häuser jährlich gebaut worden sein. Da von August 1914 bis Ende 1918 die Bautätigkeit ruhte, fehlte es an rund 450 000 bis 500 000 Häusern. Diese Summe entspricht auch den Schätzungen, wie sie von Lloyd George und dem Minister für Volkshygiene gemacht wurden. Daß von Arbeiterseite weit höhere Schätzungen aufgestellt wurden, erklärt sich daraus, daß man schon vor dem Krieg einen Wohnungsmangel von etwa 500 000 Häusern, offenbar willkürlich, annahm. Diese Statistik, diese Schätzungen, die Forderungen verschiedener Kommissionen, die die Gründe der industriellen Unruhe, wie sie gegen Ende des Krieges herrschte, aufzudecken beauftragt waren, veranlaßten die Regierung, ein umfangreiches Bauprogramm aufzustellen. Teils durch Gemeinden, teils durch gemeinnützige Gesellschaften, teils durch Private sollten 500 000 Wohnungen gebaut werden. Die Gelder wurden durch Anleihen zu 6 % aufgebracht. Die Regierung zahlte auf ein Haus, dessen Herstellung 800 bis 1000 £ betrug, einen Zuschuß aus den aufgebrachten Geldern von etwa 250 £, vorausgesetzt, daß die Baupläne den Intentionen der Regierung gerecht wurden. Bis zum 11. 8. waren Entwürfe für 175 000 Häuser eingereicht und von der Regierung genehmigt. Davon ist nur ein Teil fertiggestellt, der Rest wird in etwa zwölf Monaten vollendet und die Regierung würde es rund 15 000 000 £ kosten.

Die größte Schwierigkeit machte anfänglich die Beschaffung von Arbeitern für das umfangreiche Programm; denn die Baugewerkschaften weigerten sich, Arbeiter aufzunehmen, die nicht die vorschriftsmäßige lange Lehrzeit hinter sich haben. Nun gilt aber im Baugewerbe das sogenannte System des Closed Shop, das heißt, die Arbeitgeber sind verpflichtet, nur Arbeiter zu verwenden, die den in Frage kommenden Gewerkschaften angehören. Schier endlose Verhandlungen knüpften sich an diese Weigerung, die von den Gewerkschaften mit der Aussicht auf eine schlechtere Konjunktur nach Abschluß des in wenigen Jahren zu vollendenden Bauprogramms begründet wurde.

Die Verhandlungen verliefen im Sande, als im Frühjahr 1921 — Arbeitslosigkeit im Baugewerbe eintrat, und zwar nicht aus Mangel an Baumaterialien, sondern aus Mangel an Nachfrage nach Häusern, die am deutlichsten durch das schnelle Sinken der Baukosten zum Ausdruck kam: ein Haus, das noch vor einem Jahr über 1000 £ zu errichten gekostet hätte, kostete nur noch etwa 750 £. Dadurch konnten die Arbeiter leicht den Beweis erbringen, daß ihre Behauptung gut begründet sei. Das Sinken der Preise für Häuser, bedingt durch mangelnde Nachfrage, hatte aber noch weitere Wirkungen. Es konnte der Regierung nicht entgehen, daß der Preisrückgang ungefähr ihrem Zuschuß entsprach, und daß ihre Gesetzgebung eine eigentümliche Aufgabe hatte: Wohnungen zu bauen, wo augenscheinlich keine Nachfrage vorhanden war. Darüber hinaus enthielt die Statistik einen Fehlschluß. Sie ging von der Voraussetzung aus, daß die Bevölkerung während des Krieges im gleichen Maßstab wie vorher zugenommen habe. Das ist aber nicht der Fall. Im Gegenteil. Sie hat abgenommen. Im Durchschnitt kamen auf ein Haus im Jahre 1920 weniger Einwohner als im Jahre 1914. Sinkende Preise im Baugewerbe, arbeitslose Bauarbeiter, mangelnde Nachfrage nach Häusern: genau das umgekehrte Bild wie noch vor knapp einem Jahr! Dazu eine scharfe Agitation für die Sparsamkeit in Regierungsressorts, und eine fehlerhafte Statistik! Das genügte. Am 11. 7. erklärte Sir Alfred Moud im Unterhaus, daß die Regierung für Neubauten keine Zuschüsse mehr geben werde und das Baugesetz aufgehoben werden müsse, daß aber zu den in Bau befindlichen Häusern nach wie vor die Beiträge gezahlt werden sollten.

Die Arbeiter, die endlich einen großangelegten Plan zur Durchführung der Sanierungsarbeiten erwartet hatten, waren arg enttäuscht. Sie weisen mit Recht auf die Worte Lloyd Georges hin, daß England ein Land werden solle, fit for heroes to live in, und werfen die Frage auf, ob die Slums von London diesen Anforderungen entsprächen. Sie erklären ferner, daß es ein Unsinn ist, Sparsamkeit vorzuschützen, wenn die Regierung trotz der Washingtoner Abrüstungskonferenz 350 000 £ für Probeflugschiffe ausgibt oder 150 000 £ mehr als in Zukunft jährlich für Sanierungen aufgewendet werden soll, für Haferbaubsubventionen 13,5 Mill. als Pferdefutter auswerfe und auf der anderen Seite es für erforderlich halte, wenige Millionen an Arbeiterwohnungen und somit an Arbeitergesundheit zu sparen. Dr. Addison steht auf demselben Boden, und ist deshalb zurückgetreten.

Aber im Hintergrund der ganzen Entwicklung liegt ein Gedanke, der allem Anschein nach in der englischen Presse nicht genügend gewürdigt wird. Der Wunsch, aus der staatlichen Kriegswirtschaft in die privatwirtschaftliche Unternehmungsform zurückzukehren. Er ist in diesem Falle um so berechtigter, als mit geradezu unerhörtem Leichtsinn ein Riesenbauprogramm unternommen wurde. Daß die Regierung das Programm auf-

gab, daraus wird man ihr keinen Vorwurf machen können, wohl aber, daß sie es unternahm! Denn die Statistik war falsch, auf die sie es aufbaute, und die Verhältnisse, die sie für dauernd ansah, waren vorübergehend! Dagegen wird man es aufs lebhafteste bedauern müssen, daß sie es nicht so in die Hand nahm, wie es allenfalls noch Sinn gehabt hätte: daß sie die schlechten Teile der Großstädte nicht energisch sanierte!

Eine sehr interessante Erscheinung ist in einem Begleitumstand der Wohnungsnot zu sehen: Wir haben schon in einem früheren Aufsatz auf den Gildensozialismus hingewiesen, der in Nr. 14 v. 8. 4. d. J. besprochen wurde. Dieser Gildensozialismus, der das kapitalistische Unternehmertum ausschalten will und an seine Stelle die Gewerkschaften setzen zu können glaubt, hat den Versuch gemacht, seine Projekte im

Baugewerbe zu verwirklichen und die Wohnungsnot auf gewerkschaftlicher, gildensozialistischer Grundlage zu lösen. Sie wollte Wohnungen ohne Unternehmergewinn, ausschließlich durch die Gewerkschaften gegen die Bezahlung der Unkosten errichten. Bald mußte sie aber feststellen, daß sie nicht in der Lage war zu arbeiten, weil es ihr an den nötigen Garantiefonds fehlte, so daß es ihr nicht möglich war, bindende Preisofferten und dergleichen abzugeben. In weitherziger Weise sprang die Cooperative Wholesale Society ein und übernahm das Risiko. Aber selbst dies genügte nicht. Auf der letzten Generalversammlung der National Guilds League mußte der gildensozialistische Theoretiker Hobson eingestehen, daß schon seit fünf Monaten aus Mangel an Mitteln nichts mehr habe gebaut werden können.

Dr. Th. Plaut

Rußland

Die Hungersnot, die Epidemien und das Anwachsen der Anarchie

In Rußland hungern nach offiziellen Angaben 18 Millionen Menschen. Man benötigt sofort 68 Mill. Pud Getreide zur Ernährung der Bevölkerung und zur Wintersaat. Genauere Angaben stehen noch aus. Die Sowjetregierung veröffentlichte bisher nur Einzeldarstellungen, die ein entsetzliches Bild ergeben. Im Wolgagebiet hungern 300 000 deutsche Kolonisten; im Tschuwaschengebiet — 800 000 Menschen; im Baschkirschen — über 200 000 Menschen; in Samara, Nischni Nowgorod, Saratow, Wjatna, Perm, Ufa, Kasan, Simbirsk, Pensa, Zarißin, Astrachan gleichfalls Hunderttausende. Daneben besteht ein zweites Hungergebiet in Taurien, Jekaterinoslaw und Kuban. Die Bevölkerung flieht südwärts und in der Richtung nach Sibirien — eine Wanderung ins Verderben, denn nirgends befinden sich so große Vorräte, daß sich diese Millionen ernähren könnten. Allein im Gouvernement Samara befinden sich etwa 60 000 obdachlose, verlassene Kinder, die zurzeit noch notdürftig gepflegt werden, ohne sofortige Hilfe jedoch verloren sind. Zur Hungersnot gesellt sich die Cholera und an einzelnen Orten (besonders in Astrachan) sogar die asiatische Pest. 24 Gouvernements sind als choleraverseucht erklärt worden; 150 000 Todesfälle sind im März und Juli offiziell registriert worden, darunter 52 000 Kinder. Zur Bekämpfung der Epidemien fehlt es an allem: an Ärzten, Pflegern, Baracken, Bettstellen, Arzneien usw. Die Regierung beschränkt sich auf Absperrungen und polizeiliche Maßnahmen; die Kranken müssen größtenteils ihrem Schicksal überlassen werden.

Die Hungersnot und die Epidemien wüten in einem politisch de facto führerlosen, anarchischen Staatswesen. Die Streitigkeiten zwischen Lenin und den Radikalen gehen weiter. Trotzki versucht mit den verschiedensten Mitteln Lenin dazu zu zwingen, die extremsten Bolschewisten in die Regierung aufzunehmen; diesen Anhängern der Weltrevolutionsidee ist das internationale Hilfswerk ein Dorn im Auge; sie verlangen den Abbruch aller „kompromißlerischen“ Beziehungen zum Kapitalismus, Einführung der Diktatur und Wiedererneuerung der kommunistischen Organisationsgesetzgebung. Lenin (der erkrankt sein und ins Ausland zu reisen beabsichtigen soll), tritt dagegen für direktes Verhandeln mit den Großmächten ein, will die russischen Vorkriegsschulden anerkennen und die einzig mögliche Konsequenz ziehen: ausländische Hilfe in weitestem Umfange erbitten. — Womit dieser Hader in der Regierung enden wird, ist ungewiß: einzelne russische Blätter (des Auslandes) nehmen an, daß es bald zu einer Herrschaft der Radikalen kommen wird, also zur Erneuerung des Terrors

und zum letzten Versuch, mit Gewalt sich der Entwicklung der Dinge entgegenzustemmen. Lenin verhandelte mit dem ehemaligen Präsidenten der zweiten Reichsduma Golowin und dem ehemaligen bürgerlichen Vorstände des Verbandes Zentrossoj sowie dem bürgerlichen Allrussischen Hilfskomitee, — Trotzki droht mit neuen Kriegen gegen die Randstaaten: der Bruch innerhalb der Regierung ist gegenwärtig also so weit gediehen, daß es z. Zt. de facto zwei Sowjetregierungen gibt, die im Kreml residieren. Dabei drohen dem Sowjetismus täglich neue Gefahren. Eine Volksempörung folgt der anderen. Ganze Armeen müssen mobilisiert und gegen die Aufständischen geschickt werden. In Kursk, Orlow, Tambow usw. sollen Bandenkriege geführt werden, andere Gebiete sind völlig in der Hand der directionslos kämpfenden Bauernscharen. Die politische Verwirrung steigert sich von Tag zu Tag.

Die innere Wandlung des Sowjetismus vom Kommunismus zum Staatskapitalismus hat die radikalen Kommunisten erbittert und sie noch weiter von dem Programm Lenins abgedrängt, so daß viele von ihnen in bedenklicher Nähe der Anarchisten stehen und den Sowjetismus von heute, besonders innerhalb der Armee, ernsthaft bekämpfen. Gegenwärtig gibt es in Rußland vier große anarchistische Parteien: 1. die Allrussische Föderation der Anarchisten-Kommunisten, die eine Zeitlang im Exekutivkomitee der Sowjets offiziell vertreten war; 2. die Allrussische Anarchisten-Föderation, die einen Klub in Moskau unterhält, in dem propagiert wird, mit Kriegsmitteln die Regierung zu stürzen, denn wo es eine Regierung gäbe, da gäbe es keine Freiheit usw.; 3. die Russische Föderation der Anarchisten-Syndikalist, die größte und gefährlichste Organisation der extremen Feinde des Sowjetismus. Diese Gruppe ist bemüht, die Rote Armee für ihre Ideen zu gewinnen, nutzt daher jede Unzufriedenheit in den einzelnen Truppenteilen in ihrer Weise aus; sie sucht Arbeitseinstellungen hervorzurufen und jede Maßnahme der Regierung zu diskreditieren. Die Anarchisten-Syndikalist lehnen die 3. Internationale ebenso wie jede Verhandlung mit den Kommunisten prinzipiell ab. 4. die ukrainische Alarm-Gruppe, die mit dem bekannten Bandenführer Machno in direkter Beziehung steht und diesen erfolgreichen Volksführer altrussischer Art in jeder Weise unterstützt. Machno und seine Scharen halten sich nun schon seit 1918 mit wechselndem Glück in den fruchtbarsten Gegenden der Ukraine auf und vertreten eine bestimmte Richtung der Bauernschaft. Trotzdem ganze Armeen gegen Machno ins Feld geschickt wurden, hat man ihn nie fassen

können. 5. die Gruppe, die sich „Stimme der Arbeit“ nennt, und im Kleinbürgertum Anhänger wirbt. Der russische Anarchismus ist somit ebenso zersplittert, wie der Kommunismus und Sozialismus, — gefährlich wird er jedoch nicht durch diese verschiedenen Parteigebilde, sondern durch die allgemeine Hinneigung weitester Schichten in Stadt und Land zum wildesten Banditentum. Neben dem erwähnten bekanntesten Bandenführer Machno gibt es in jeder Provinz und jedem Gebiet unzählige Räuberhorden, mehr oder weniger disziplinierte Scharen unter Leitung von unzähligen Atamans, die nicht etwa einfache Räuber sind, sondern sich als ausgesprochene prinzipielle Feinde der Staatsautorität betrachten. Ein offizielles Sowjetorgan („Wjstnik Agitačii i Propagandy“) muß zugeben, daß das Banditentum in vielen Gouvernements den Staat und seine Macht völlig ausgelöscht habe.

Die Instinkte des Volkstums sind entfesselt — alles, was noch eigenes Leben in sich hat, wütet gegeneinander und vernichtet vor allem das Gefüge des Staatslebens, jede Institution, die irgendwie mit der Obrigkeit zusammenhängt. Dieser Anarchismus ist das Chaos; sein Ziel die Vernichtung jedes irgend denkbaren Zwanges; sein Resultat — die Atomisierung der Wirtschaft. Es ist erklärlich, welche furchtbar zersetzenden Wirkungen die Hungerkatastrophe und die Cholera im verzweifelnden, führungs- und richtungslosen Volk erzeugen. Jetzt plötzlich sieht man, was die Anarchie bereits für Verheerungen angerichtet hat; der Sowjetismus ist nicht mehr imstande, der Dinge Herr zu werden und sucht deshalb alle jene Faktoren heranzuziehen, die bisher als feindlich bekämpft wurden: die Reste der anderen sozialistischen und bürgerlichen Parteien, die Bauernbünde und Wirtschaftsorganisationen der Verbände. Der Vorgang der letzten Jahre wird heute klar: die (bolschewistische) Staatsgewalt vernichtete alle Bindungen und Autoritäten, alle Zusammenhänge innerstaatlichen Lebens in dem Bestreben, restlos allein nur durch ihre Organisationen den neuen Staat zu verkörpern; der Kampf dieses Staates gegen Alle und Aller gegen diesen Staat vernichtete nicht nur die bürgerliche Gesellschaft, sondern die Gesamtstruktur des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. Jetzt, wo die Anarchie, Hunger, Cholera und Tod die Staatsgewalt erschüttert und fast völlig lahmgelegt haben, — jetzt ist keine Partei, keine Klasse, keine Organisation, kein irgendwie gefestigter Körper mehr da, der Initiative, Willen, Ideen aufbringen könnte, um den Geschehnissen eine neue Wendung geben zu können. Die „Regierung“ verwaltet längst nicht mehr, sie regiert auch nicht; andererseits kann sie nicht ohne weiteres gestürzt werden, weil niemand da ist, der dies tun, niemand, der sie ersetzen könnte. . . . Die Parteien der Märzrevolution bestehen nur noch aus ermüdeten Gesinnungsgenossen und einigen Intellektuellen, die meistens im Auslande sind, — die Wirtschaftsformationen der Verbände usw. sind nur auf einen oder den anderen konkreten Zweck eingestellt, sind organisatorisch nicht zu fassen; die Kirche ist jahrhundertlang apolitisch gewesen und findet den Weg von der erwachenden Gläubigkeit und bündelnden Inbrunst zur gestaltenden Gemeinschaft nicht.

Die Gesamtlage Rußlands ist furchtbar; dennoch darf man sich die allgemeine Zerrüttung doch nicht so vorstellen, als seien damit alle Aufbaumöglichkeiten zerstört. In einzelnen

Wirtschaftszellen ist Leben; das Elend weist immer noch starke Verschiedenheiten auf; an vielen Stellen weisen die einzelnen Funktionszusammenhänge altgewohnte Tätigkeiten auf. Soudsoviel Prozent der ehemaligen Produktionsmengen — von ca. 3—10 der Friedensjahre — werden auch heute noch erzeugt. Allerdings gegenwärtig ohne Mithilfe oder Steuerung durch den Staatsapparat, denn dieser kann nur noch als primitiver Gewaltfaktor zur Verhinderung von Verzweiflungstaten der Massen eingesetzt werden. D. h. was die Regierung für ihre eigene Maschinerie, ihre Beamten und Armeen, braucht, wird beschafft; das Heer jedoch dient zurzeit nur noch der Abspernung der choleraverseuchten Gebiete und zum Aufhalten der vom Hunger nach Osten getriebenen Menschenhaufen. Im Resultat also geschieht so gut wie nichts gestaltendes, sondern höchstens aufhaltendes, stützendes. Der Sowjetismus arbeitet im Grunde nur noch für seine eigene Erhaltung. Hierzu gehört die Aufrechterhaltung gewisser Außenhandelsbeziehungen, die Vornahme neuer Bestellungen von Waren, die Beschaffung von Austauschwaren oder Kreditoperationen, die Fortführung der Propaganda usw. Die Konferenzen der 3. Internationale in Moskau gelten nach wie vor der Belebung der Weltrevolutionsidee und den Streitigkeiten der kommunistischen Parteien des Auslandes, — täglich mehr an Boden in Rußland selbst verlierend, wird dieser Bau in die Wolken getrieben. Die Kommissariate planen und dekretieren wie ehemals; Silbergeld wird geprägt, 60 000 Silberrubel je Tag; neue Propagandamethoden werden eingeführt; General Brussilow nach Angora kommandiert; Pläne zur Reorganisation der Roten Flotte ausgearbeitet; ein Schiff mit kommunistischer Literatur nach Stettin gesandt usw. Alle bisherigen Projekte und Vorhaben verblassen vor der jetzigen Katastrophe — die Theorien und Organisationen dieser Regierung haben mit einem Schlage jede Bedeutung verloren, da sie alle mit vielen Jahren, ja Jahrzehnten rechneten, die Gegenwart jedoch eine andere Sprache spricht. Vorläufig erübrigt es sich daher von etwas anderem zu sprechen, als vom internationalen Hilfswerk. Nur dieses kann etwas praktisch gültiges zustande bringen.

Die russische Tragödie findet gewiß nirgends so aufrichtiges Mitgefühl wie bei uns. Da wir jedoch in diesem Jahre selbst Getreide einkaufen müssen und als valutaarmes Land nicht in der Lage sind, in Amerika weitere Einkäufe über unseren eigenen Bedarf hinaus zu machen, so ist unserem Hilfswerk leider eine recht enge Grenze gesetzt. Was an ärztlicher Hilfe nur irgend geleistet werden, was an Medikamenten, pharmazeutischen und chemischen Waren beschafft werden kann; soll, wie verlaupet, mit allergrößter Beschleunigung nach Rußland gesandt werden — das Land des Versailler Friedens muß auch diesmal mit gebundenen Händen abseits stehen. Das internationale Rote Kreuz hat zum 15. 8. eine Konferenz aller Regierungen nach Genf geladen. Auch das deutsche Rote Kreuz wird auf dieser Konferenz vertreten sein. Nansen, Gustav Ador und andere planen ein Hilfswerk im größten Maßstabe — doch wird und kann Europa allein ohne die Mitwirkung Amerikas hier nicht helfen. Hoover hat die Initiative auf sich genommen, da die nordamerikanische Regierung offiziell am Hilfswerk nicht beteiligt sein will.

Dr. Hans von Eckardt

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Parität	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
	9. 8.	9. 8.	9. 8.	9. 8.	9. 8.
	M	M	M	fl	fr
Berlin..... 100 M	100,—	—	—	3,99½	7,35
Wien..... 100 K neu.	85,—	9,—	9,—	0,35½	0,60
Budapest... 100 K	85,—	20,22	20,35	—	1,52
Prag..... 100 K	85,—	102,50	101,95	—	7,55
Helsingfors. 100 FM ...	—	123,—	123,—	—	—
Amsterdam. 100 fl	168,75	2507,50	2502,50	—	183,75
Kopenhagen 100 Kr	112,50	1253,75	1253,50	50,30	92,—
Stockholm.. 100 Kr	112,50	1686,25	1690,—	67,50	123,—
Kristiania .. 100 Kr	112,50	1041,25	1041,—	41,60	76,—
Zürich..... 100 fr	81,—	1365,—	1360,—	54,35	—
Madrid..... 100 Pesetas	81,—	1061,25	1047,50	41,70	77,—
Rom..... 100 Lire...	81,—	354,—	355,—	14,10	26,—
Brüssel 100 fr	81,—	614,—	618,50	24,55	45,10
Paris..... 100 fr	81,—	637,—	636,—	25,35	46,70
London 1 £	20,43	295,75	296,75	11,79	21,75
New York .. 1 \$	4,20	80,49½	80,50	3,22½	5,89
Buenos Aires 100 Pesos	—	—	—	—	175,—

	Wien	Prag	Paris	London	New York
	9. 8.	9. 8.	9. 8.	8. 8.	8. 8.
	K	K	fr	*)	\$
Berlin..... 100 M ..	1351,—	98,75	15,75	295,50	1,24
Wien..... 100 K ..	—	6,90	—	—	—
Amsterdam. 100 fl ..	33825,—	—	294,50	11,79½	31,04
Kopenhagen 100 Kr ..	—	—	—	—	—
Zürich..... 100 fr ..	18425,—	—	215,—	21,69	—
Paris..... 100 fr ..	—	—	—	46,44	7,86
London 1 £ ..	—	—	46,73	—	3,62 60 Tg.
New York .. 1 \$..	—	—	12,80½	3,65½	—

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländ. Einheiten für 1 £

Abweichungen von der Münzparität in:

	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	New York
	9. 8.	9. 8.	9. 8.	9. 8.	9. 8.
Reichsmark.....	-93,26	-94,04	-90,88	-93,31	-94,79
Dt. österr. Krone	-99,05	-99,43	—	—	—
Französ. Frank..	-47,18	-53,30	-29,37	-47,57	-59,28
Pfund Sterling..	-2,64	-13,75	+29,90	-8,85	-25,52
Dollar.....	+29,63	+13,71	+41,81	+26,81	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	30. 7.	6. 8.
Alexandrien.....	97½ d	97½ d
Bombay/Kalkutta...	1 s 3½ d - 1 s 3½ d	1 s 3½ d - 1 s 3½ d
Hongkong.....	2 s 8½ d - 2 s 9½ d	2 s 9 d - 2 s 9½ d
Schanghai.....	3 s 8 d - 3 s 9½ d	3 s 9 d - 3 s 10 d
Singapore.....	2 s 3½ d - 2 s 4½ d	2 s 3½ d - 2 s 3½ d
Yokohama.....	2 s 8½ d - 2 s 8½ d	2 s 8½ d - 2 s 8½ d
Montevideo T. T.....	39 d - 40 d	42½ d - 43½ d
Rio de Janeiro.....	7½ d	8½ d
Buenos Aires T. T.....	43½ d - 43½ d	43½ d - 43½ d
Valparaiso 90 T.....	6½ d	6½ d

Die Notenbanken im Juli

Deutsche Reichsbank

	(in 1000 M)		Reichs- u. Darlehens- Kassenscheine	Noten anderer Banken	
	Metallbestand	davon Gold			
9. 7. 21....	1 102 628	1 091 560	6 676 369	2324	
16. 7. 21....	1 102 994	1 091 544	5 511 748	3424	
23. 7. 21....	1 105 645	1 091 556	6 344 943	4705	
30. 7. 21....	1 105 815	1 091 557	5 397 594	1198	
Monatl. Durchschnitt					
Juli 1921 ...	1 104 270	1 091 554	5 982 663	2913	
gegen Vormonat. .	+2461	— 35	— 4 961 581	+ 60	
	Wechsel u. Schecks	Diskont. Schatz- anweisungen	Lombard- Darlehen	Effekten- Bestand	Sonstige Aktiva
9. 7. 21...	1 494 519	71 126 347	17 364	280 339	5 968 283
16. 7. 21...	1 516 264	76 610 465	15 285	283 478	5 879 105
23. 7. 21...	1 470 787	70 539 327	9 677	283 573	6 081 547
30. 7. 21...	1 135 529	79 931 967	10 686	283 381	6 174 613
Monatl. Durchschnitt					
Juli 1921 ...	1 406 775	74 552 026	13 253	282 693	6 025 894
gegen Vormonat. .	— 263 640	+ 6 552 276	— 30 846	+ 17 392	— 157 787

	Noten-umlauf	Reich u. Staat	Privat	Sonstige Passiva	Umlauf der Darlehens-Kassenscheine
9. 7. 21	74 866 044	2 418 896	7 508 118	601 320	8 628,2 Mill.
16. 7. 21	75 352 635	3 845 664	10 739 144	683 907	8 482,6 "
23. 7. 21	74 997 125	3 662 980	6 265 204	613 482	8 280,5 "
30. 7. 21	77 390 853	4 810 026	11 014 130	574 361	8 358,3 "
Monatl. Durchschnitt					
Juli 1921	75 651 164	3 684 391	8 881 649	618 267	8 437,4 "
gegen Vorm. +	2 816 964	-380 405	-1 109 272	-419 555	-343,7 "

Bank von England

(in 1000 £)

	Metall	Regierungs-Kredite	Andere Kredite	Notenumlauf	Private Guthaben
6. 7. 21.....	128 369	63 798	85 102	129 108	129 041
13. 7. 21.....	128 374	76 003	77 613	127 956	134 964
20. 7. 21.....	128 367	87 718	82 275	127 718	149 286
27. 7. 21.....	128 370	43 188	78 001	128 283	106 436
	Staatl. Guthaben	'Kassenreserve' (Münzen u. Noten)	Verhältnis von Reserve und Verbindlichkeiten		
6. 7. 21.....	19 721	17 711	117/8 %		
13. 7. 21.....	19 665	18 868	121/4 "		
20. 7. 21.....	16 936	19 100	121/2 "		
27. 7. 21.....	15 374	18 537	151/4 "		

Currency Notes

	Umlauf*)	Golddeckung	Regierungs-Sicherheiten
6. 7. 21.....	325 407	28 500	288 892
13. 7. 21.....	325 503	28 500	289 097
20. 7. 21.....	323 966	28 500	287 635
27. 7. 21.....	325 214	28 500	288 736

*) Einschließlich der eingezogenen, aber noch nicht vernichteten Wechsel.

Bank von Frankreich

(in Mill. fr)

	Gold in der Kasse	Gold im Auslande	Silber	Auslands-Guthaben
7. 7. 21.....	3572	1948	275	668
14. 7. 21.....	3572	1948	275	637
21. 7. 21.....	3573	1948	275	634
28. 7. 21.....	3573	1948	275	632
	Moratoriums-Wechsel	Andere Wechsel	Lombarde	Reg.-Kredite
7. 7. 21...	87	2747	2274	25 500
14. 7. 21...	78	2709	2214	25 400
21. 7. 21...	78	2586	2208	25 200
28. 7. 21...	75	2769	2167	25 300
	Kredite an Verbündete	Noten-umlauf	Staats-guthaben	Privat-guthaben
7. 7. 21.....	4062	37 667	23	2689
14. 7. 21.....	4062	37 555	23	2703
21. 7. 21.....	4062	37 270	31	2770
28. 7. 21.....	4062	36 941	22	3229

Bundesreservebanken der U. S. A.

in Mill. \$

	Goldbestand	Silber- und Papiergeld	Diskontierungen für Mitgliedsbanken	Andere Wechsel	
8. 7. 21	2 478	153	1 801	31	
15. 7. 21	2 493	155	1 704	25	
22. 7. 21	2 508	151	1 686	24	
29. 7. 21	2 531	154	1 651	19	
	Regierungs- Obligationen	Andere Aktiva	Regierungs- Depositen	Andere Depositen	
8. 7. 21	263	48	34	1 679	
15. 7. 21	271	50	20	1 683	
22. 7. 21	251	49	35	1 658	
29. 7. 21	249	51	32	1 664	
	F. R. Noten im Umlauf	F. R. Banknot. im Umlauf	Andere Passiva	Kapital u. Reserve	Deckungsverhältnis (Deposit. u. Noten)
8. 7. 21	2 672	133	17	316	60,0 %
15. 7. 21	2 604	131	17	316	61,6 "
22. 7. 21	2 565	128	17	316	62,5 "
29. 7. 21	2 538	125	18	316	63,4 "

Neugründungen und Kapitalserhöhungen von A.-G. im Juni 1921 (Fortsetzung)

Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %
Verschied. Spezialfabriken d. Textilindustrie			Holzindustrie, Möbel- und Bürstenfabriken			Malzfabriken		
<i>Neugründungen</i>			<i>Neugründungen</i>			<i>Kapitalserhöhungen</i>		
A.-G. für Webwaren u. Beklei- dung, Breslau	20000	100	Atlantik-Werke, Industrie für Inneneinricht., Niederwalluf	2000	108	Nordd. Malz- u. Handels-A.G. (früh. Malzf. Hmb.), Hamburg	4800	112
Süddeutsche Kokos-Weberei A.-G., Göppingen	600	100	<i>Kapitalserhöhungen</i>			Sprittbrennereien und Preßhefefabriken		
<i>Kapitalserhöhungen</i>			<i>Neugründungen</i>			<i>Neugründungen</i>		
Koechlin, Baumgartner & Co. A.-G., Lörrach	4300	100	A.-G. für Korbwaren- u. Kinder- wagen-Industrie Hordeaus & Bergmann, Lichtenfels	1000	110	Hefefabrik Emmerthal A.G., Stettin	2000	100
Lößnitztal-Textil A.-G., Oederau	17500	100	Holzindustrie A.-G., Gräfen- hainichen	300	100	C. Lefèvre-Werke A.-G., Stettin	2000	100
A. Nachod & Haebler A.-G., Zittau	1170	100	Deutsche Werkstätten A.-G., Rachnitz-Hellerau	4000	110	H. Richarz A.-G., Siegburg ..	500	100
Pelzer Gebr. A.-G., Krefeld	3000	100	<i>Mühlenwerke</i>			<i>Kapitalserhöhungen</i>		
Rheinische Möbelstoffweberei vorm. Dahl & Hünsche A.-G., Barmen	3000	130	<i>Neugründungen</i>			Hartwig Kantorowicz A.-G., Berlin	2500	100
Textil-Industr. A.-G., Barmen	27500	11)	A.-G., Berlin	4500	100	Weinbau, Schaumweinfabriken		
Ver. Kunstseidenfabrik A.-G., Frankfurt	8000	125	<i>Kapitalserhöhungen</i>			<i>Neugründungen</i>		
Ver. Schuhstoff-Fabrik, Fulda	220	100	Eisleber Dampfmühle A.-G., Eisleben	400	117½	Rheinberg & Co., Kellerei Schloß Rheinberg A.-G., Gei- senheim	1700	100
Westdt. Text.-A.-G., Vohwinkel	7000	100	Hildebrandsche Mühlenwerke A.-G., Bollberg	1000	125	<i>Kapitalserhöhungen</i>		
Bleichereien, Färbereien			Pfälzische Mühlenwerke, Mannh.	4000	100	Feist, Sektkeller A.-G., Frankf.	2500	16)
<i>Kapitalserhöhungen</i>			Zuckerfabriken			Schokolade-, Teigwaren-, Konservenfabriken		
Schlesische Blandruckerei A.-G., Greiffenberg	800	100	<i>Kapitalserhöhungen</i>			<i>Neugründungen</i>		
Bekleidungsindustrie, Hüte, Schuhwaren			Aktien-Zuckerfabr. a. d. Leine, Hannover	171	158½	Bavaria-Konservenfabrik A.-G., Schwandorf	3000	100
<i>Kapitalserhöhungen</i>			Aktien-Zuckerfabrik Neuwerk bei Hannover	4500	18)	<i>Kapitalserhöhungen</i>		
Arnstädter Handschuhfabrik Julius Möller A.-G., Arnstadt	300	100	Zuckerfabr. zu Cöthen, Cöthen	201	100	Buma-Werke, Keks- u. Schoko- ladenfabr. A.-G., Oranienbg.	1200	112
Joseph Wesermann, Schuhw- fabrik A.-G., Burgkundsstadt	1780	100	Zuckerfabrik Kleinwanzleben, vorm. Rabbethge & Gie- secke A.-G., Kleinwanzleben	20000	100	Delitzscher Schokoladenfabr. A.-G. vorm. Gebr. Böhme	2000	100
Papier-, Pappen-, Zellulosefabriken			Bierbrauereien			Fränkische Fleischwarenfabr. A.-G., Tauberbischofsheim	1250	100
<i>Neugründungen</i>			<i>Neugründungen</i>			Riquet & Co. A.-G., Gautzsch	250	V 100
Papierfabrik Bremen A.-G. . .	1200	100	Brauerei Bodden A.-G., Duisb.	1500	100	Stock & Kopp A.-G., Düsseld.	3200	110
<i>Kapitalserhöhungen</i>			<i>Kapitalserhöhungen</i>			Schmalz, Fett usw.		
Durelasticum-Werke A.-G. (früher Rogler-W.), Düsseldf.	1000	107	A. G. Brauerei Ponath, Königs- berg	1000	245	<i>Kapitalserhöhungen</i>		
Friedr. Elsas jun. A.-G., Barmen	200	100	Adler-Brauerei Köln	1200	100	Fromageries Ch. Gervais A.-G., Köln	1200	100
G. Schaeffeln'sche Papier- fabrik, Heilbronn	3000	100	Bayerische Brauerei-Gesell- schaft Kaiserslautern	2000	100	Margarinewerke Dr. A. Schroe- der A.-G., Berlin	6000	100
Zellstoffabr. Waldhof, Mannh.	30000	102½	Berliner Kindl-Brauerei A.-G., Berlin	4800	15)	H. & P. Sauer mann A.-G., Kulmbach	2000	117
Lederfabriken			Brauerei English Brunnen, Elbing	262	V 100	Nahrungsmittelindustrie		
<i>Neugründungen</i>			Hildesheimer Aktienbrauerei, Hildesheim	700	100	<i>Kapitalserhöhungen</i>		
Rhein. Maschinenl.-Riemen- fabrik vorm. A. Cohen & Co. A.-G., Leudersdorf	1000	110	Hofbrauhaus Otto Balsen A.-G., Arnstadt	300	100	Gebr. Dippe A.-G., Quedlinbg.	4860	100
Gummiwarenindustrie, Linoleum			Kaiserbrauerei Beck & Co., Kommand'ges. a. A., Bremen	3500	100	Zigarren, Tabak, Zigaretten		
<i>Kapitalserhöhungen</i>			Schulth.-Patzenhofer Brauerei A.-G., Berlin	4000	300	<i>Neugründungen</i>		
Asbest- u. Gummiwerke Alfred Calmon A.-G., Hamburg ...	10000	12)	Ver. St. Georgen- und Feld- schlösschen-Brauerei A.-G., Sangershausen	5000	100	Novelta A.-G., Berlin	100	100
Deutsche Linoleum-Werke Delmenhorst	1600	13)	<i>Baugewerbe</i>			<i>Neugründungen</i>		
Mittelland, Gummiwerke A.-G.	2100	180	<i>Neugründungen</i>			„Allhan“, Baugesellschaft auf Aktien, Berlin	1000	112
B. Polack A.-G., Waltershausen	3054	125	<i>Neugründungen</i>			Schöttle & Schuster A.-G., Berl.	5000	100

11) 22 300 000 Mk. zu 160 %, 5 200 000 Mk. zu 100 %. 12) 9 500 000 Mk. zu 180 %, 500 000 Mk. V zu 100 %. 13) 1 500 000 Mk. zu 190 %, 100 000 Mk. V zu 100 %.

14) Gewinnanteilschuldenscheine. 15) 1 300 000 Mk. zu 250 %, 500 000 Mk. zu 200 %, 1 000 000 Mk. zu 105 %, 2 000 000 Mk. zu 100 %. 16) 500 000 Mk. zu 180 %, 2 000 000 Mk. zu 107 %. V = Vorzugsaktien.

Schifffahrt und Schiffbau

Deutschland

Hamburg—Südamerika. Die bisher eine regelmäßige Frachtlinie Hamburg—Brasilien—Argentinien unterhaltende Compañia Naviera Sota y Aznar hat sich zu einer Ausgestaltung dieses Dienstes entschlossen. Sie richtet zwei verschiedene Linien ein und zwar:

Linie I nach Bahia, Rio de Janeiro und Santos (Pernambuco wird nach Bedarf angelaufen).

Linie II nach Montevideo, Buenos Aires und Rosario.

Auf Linie I wird der Dampfer „Altube Mendi“ am 15. 8., auf Linie II der Dampfer „Atxeri Mendi“ ebenfalls am 15. 8. abgefertigt.

A. K.

Vereinigte Staaten

Rückgang des amerikanischen Schiffbaus. Der Baubestand der amerikanischen Werften geht von Monat zu Monat zurück; neue Aufträge werden so gut wie gar nicht erteilt. Gegenwärtig sind nur noch 26 Werften mit dem Bau von stählernen seegehenden Schiffen beschäftigt. Sie hatten nach den Aufstellungen des American Bureau of Shipping am 1. 7. im ganzen 100 stählerne seegehende Schiffe mit einer Tonnage von zusammen 762 854 Br. R. T. in Bau und Auftrag. Darunter waren 22 Schiffe mit 195 016 Br. R. T. für das Schiffsahrtsamt, die übrigen für private Firmen bestimmt. Bei den Privatbauten handelt es sich zumeist um Tankdampfer, von denen

((Fortsetzung folgt.) Fab. Landau

zurzeit 64 mit 483 153 Br. R. T. in Arbeit sind. Kombinierte Passagier- und Frachtdampfer werden 11 mit 115 500 Br. R. T., reine Frachtdampfer 25 mit 164 201 Br. R. T. gebaut. Die Durchschnittsgröße der Neubauten beträgt 7628 Br. R. T. Acht der im Bau befindlichen Schiffe gehören der Größenklasse 13—14 000 Br. R. T. an. Zweidrittel des gegenwärtigen Bau- und Auftragsbestandes (etwa 537 000 Br. R. T.) fällt auf die Werften an der atlantischen Küste, an der Pazifikküste sind nur noch etwa 180 000 Br. R. T., an der Golfküste ca. 39 000 im Bau. Die an den großen Binnenseen gelegenen Werften sind für den Bau von stählernen Seeschiffen bereits seit längerem ausgeschieden. Auf die oben erwähnten 26 Werften verteilt sich der Baubestand wie folgt:

	Für private Rechnung		Für das Schiffsamt	
	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.
Baltimore D. D. & S. B. Co.	2	11 060	1	7 500
Bath Iron Works.....	1	6 250	—	—
Bethlehem S. B. Corp.:				
Fore River.....	3	21 000	—	—
Sparrow's Point.....	5	61 500	3	31 500
Union.....	5	48 000	2	14 516
Chickasaw S. B. Corp.....	4	24 000	—	—
Daniels, Oscar.....	2	15 600	—	—
Federal S. B. Co.....	5	38 000	—	—
Fuller, Geo A., Co.....	1	6 121	—	—
Globe S. B. Co.....	2	12 000	—	—
Los Angeles S. B. Co.....	—	—	5	36 500
Merchant S. B. Corp.....	6	40 600	—	—
Moore S. B. Co.....	3	19 850	3	21 000
Newburgh S. B. Co.....	1	3 000	—	—
Newport News S. B. Co.....	2	27 000	—	—
New York Harbour D. D. Co.	2	6 570	—	—
New York S. B. Corp.....	7	50 800	8	84 000
Pacific Coast S. B. Co.....	1	1 000	—	—
Southwestern S. B. Co.....	4	21 588	—	—
Standard S. B. Corp.....	1	5 600	—	—
Staten Island S. B. Co.....	1	4 200	—	—
Sun S. B. Corp.....	8	66 199	—	—
Texas S. B. Corp.....	1	6 700	—	—
Union S. B. Co.....	6	40 800	—	—
Virginia S. B. Corp.....	1	6 060	—	—
Union Const. Co.....	4	23 800	—	—
Zusammen.....	78	567 838	22	195 016

A. K.

Neuer Gagentarif für amerikanische Schiffsoffiziere. Die zwischen der amerikanischen Steamship Owner's Association und den Organisationen der amerikanischen seemannischen Offiziere seit längerem gepflogenen Verhandlungen über eine Lohnreduktion haben zu einer Ermäßigung der Gagen um 15 % geführt. Die neuen Gagensätze, die alle Überstundenzahlungen ausschließen, sind mit dem 1. 8. in Kraft getreten, sie stellen sich je nach der Größe des Schiffes wie folgt:

	A	B	C	D	E	F
I. Offizier.	205 \$	200 \$	195 \$	190 \$	185 \$	155 \$
II. "	180 "	175 "	170 "	165 "	160 "	135 "
III. "	160 "	155 "	150 "	145 "	140 "	110 "
IV. "	140 "	135 "	—	—	—	—

Die Höhe der Kapitänsage bleibt den besonderen Vereinbarungen zwischen Kapitän und Reederei vorbehalten. Das neue Abkommen hat Gültigkeit für ungefähr 2500 Kapitäne

und 8—10 000 Schiffsoffiziere. Von den Organisationen der Offiziere nimmt die Neptune Association der Neuregelung gegenüber zurzeit noch einen ablehnenden Standpunkt ein, sie hat den vereinbarten Gagentarif nur unter Protest angenommen. A. K.

Zum Verkauf der amerikanischen Regierungsschiffe. In der amerikanischen Schifffahrtswelt nimmt bei der Erörterung der Frage „how to solve the American shipping problem“ die Erkenntnis zu, daß die protektionistische Schifffahrtspolitik und die an das Vaterlandsgefühl des amerikanischen Volkes erlassenen Appelle, gemeinsam an der Sicherstellung der Handelsmarine zu wirken, nicht genügen, ihre günstige Entwicklung in der Zukunft zu gewährleisten. Die Überleitung der Staatsflotte an private Reedereien wird jetzt zum allgemeinen Wunsche, der durch das kürzlich bekanntgegebene mehrere 100 Mill. \$ betragende Defizit des Shipping Boards noch an Dringlichkeit gewinnt. Auf einen bemerkenswerten Beitrag zur Lösung der komplizierten Flottenfrage weist das New Yorker Schifffahrtsblatt „Nautical Gazette“ hin. Der Autor, Mr. Riggs, vertritt die Ansicht, man solle von jeder Vorzugsbehandlung eigener Schiffe durch geringere Tonnage- und Zollgebühren, von Vorzugseisenbahnraten, von Postsubventionen und Befreiung der amerikanischen Schiffe von der Kriegsgewinnsteuer Abstand nehmen. Auf sicheren Erfolg könne nur dann gerechnet werden, wenn die hohen Betriebskosten der amerikanischen Schiffe auf eine Basis gebracht werden, die derjenigen der ausländischen Schiffe gleichkommt.

Mr. Riggs legt seinen Betrachtungen die Sektion 5 der Merchant Marine Act 1920 zugrunde, die dem Schiffsamt vorschreibt, nach guten kaufmännischen Methoden ihre Flotte sobald als möglich aufzulösen. Von diesem Abschnitt des Gesetzes wünscht er, daß man ihn großzügig interpretiere. Er schlägt einen Verkauf der Schiffe zu 50 \$ je Tonne vor. Die unrationelle Größe der gegenwärtigen Betriebskosten der Schiffe zeigt er an dem Beispiel eines 7500 t dw Regierungsdampfers. Die Herstellungskosten eines solchen Schiffes beliefen sich auf 200 \$ je Tonne; die feststehenden Unkosten des Schiffes je Jahr nimmt er mit 16 ½ % der gesamten an ihm aufgewandten Summe an, nämlich 7 % Zinsen für das aufgewandte Kapital, 4 % für Versicherungskosten und 5 % für das Abschreibungskonto. In Zahlen ausgedrückt ergeben diese Unkosten, die 52 % der gesamten Betriebskosten des Schiffes je Jahr repräsentieren, die Summe von 248 000 \$. Wäre das Schiff aber zu 50 \$ je Tonne an eine private Reederei verkauft, so würden dessen feststehende Unkosten auf der 16 ½ % Basis nur 62 000 \$ oder 21 % der Gesamtbetriebskosten betragen. Die Reederei eines solchen Schiffes hätte dann sicher einen entscheidenden Vorteil den ausländischen Schifffahrtsgesellschaften gegenüber, deren Schiffe bei Abschluß des letzten Jahres 88 \$ je Tonne gekostet hätten und deren feststehende Unkosten sich um 47 000 \$ im Jahr höher stellten als die des erwähnten 7500 t dw Dampfers. M. Riggs sieht also das Mittel zu einer gesunden Entwicklung der amerikanischen Handelsflotte darin, daß er den privaten Reedereien einen möglichst geringen Stand der feststehenden Unkosten sichert und ihnen damit im Konkurrenzkampf mit den ausländischen eine gut fundierte Ausgangsstellung schafft. Er verlangt schließlich, daß den ersten Käufern der teuren Stahldampfer der Emergency Fleet Corporation nachträglich ein großzügiger Rabatt gewährt werde, um sie nicht wirtschaftlich den jüngeren Käufern gegenüber ins Hintertreffen geraten zu lassen. L.

Einfuhr Übersee nach Hamburg. Gemäß den Ladungsverzeichnissen sind im Monat

Juli 1921 unter andern folgende Mengen der wichtigsten Waren hier angekommen:

Vorkommende Abkürzungen: Bll. = Ballen. Blk. = Balken. Bd. = Bund. Brr. = Barren. Bshl. = Bushels. dz = Doppelzentner = 103 kg. Eim. = Eimer. Fss. = Fässer. Frk. = Firkins. Gall. = Gallonen. Ing. = Ingots. K. = Kisten. kg = Kilogramm. Kil. = Kolli. Krb. = Körbe. o. n. B. = ohne nähere Bezeichnung. P. = Pack. Pl. = Platten. Qrt. = Quarter. Skk. = Säcke. Ser. = Seronen. St. = Stück. Stg. = Stangen. t = Tonnen = 1000 kg. Trc. = Tierces. Trm. = Trommeln. Tsch. = Tschelwert. Tb. = Tubs.

Albumin..... kg	177	Borsten..... Bll.	436	Erz, Zink.... t	1200	Fibre, Asbest. Kil.	2310	Gerbextrakt. Kil.	9305
Apfel, getr.... Kil.	16702	Butter..... Kil.	210	„ Zinn.... Kil.	6124	Fische, ges. Kil.	2421	Gerste..... dz.	94545
Aprikosen... K.	16234	Därme..... Kil.	7087	Extrakt (o. B.) Fss.	163	„ konserv.. K.	2443	„ Bshl.	15135
„ getrockn. K.	7883	Eier, getr.... K.	455	Fasern (o. n. B.) Bll.	1315	Fleisch (o. n. B.) Kil.	1033	Grieß..... Skk.	26170
Aprik. Kerne. Kil.	1646	Eigelb, getr.. Kil.	324	„ Kokos... Bll.	2200	Fleisch, gefr. St.	33942	Gummi (sonstig.) Kil.	16322
Asbest..... Bll.	1398	Eisen..... Kil.	4695	Federn, Bett. Bll.	782	„ konserv.. K.	3275	„ Kopal... K.	437
Asphalt..... Fss.	3751	„..... t	1161	Feigen..... Kil.	1345	„ Corn. Beef. K.	59	Guttapercha. Kil.	117
Baumwolle.. Bll.	25905	Erbesen..... Skk.	600	Felle (o. n. B.) P.	7234	„ Schweine.. Kil.	8182	Haare (o. n. B.) Kil.	696
Baumw. Abf.. Bll.	2528	Erdnüsse..... Skk.	21562	„ Kalb... P.	1158	Früchte, getr. Kil.	616	„ Roß.... Kil.	231
„ saatkuch. Bll.	16128	Erdnußkerne Skk.	1329	„ Schaf... P.	880	„ konserv.. Kil.	129	„ vegetabil. Kil.	4073
Birnen, getr.. Kil.	3639	Erz (o. n. B.) t	7159	Fett (o. n. B.) Fss.	1928	Garn (o. n. B.) Ball.	1191	Hafer..... Kil.	737
Blei..... dz	4998	„ () Kil.	1650	„ Speise... Kil.	2448	„ Baumw.. Kil.	3496	Hanf..... Ball.	3000
Bohnen..... Skk.	6262	„ Wolfram-Skk.	3153	Fibre (o. n. B.) Kil.	9730	„ Kokos... Ball.	988	„ Sisal... Ball.	236

Harz..... Kll. 4262	Kaneel..... Bll. 355	Milch, kond... K. 16906	Pflaum., getr. Kll. 40038	Stuhlrohr... Bd. 6300
Häute..... Bd. 27032	Kartoffeln... Sek. 4267	" sterilis. K. 37577	Phosphat.... t 7461	Tabak..... Bll. 59945
"..... St. 66719	Kartoffelmehl Sk. 3700	" Pulver Kll. 1454	Piassava.... Bd. 6083	Talg..... Kll. 5383
" gesalzene Bd. 41743	Käse..... Kll. 5853	Myrobalanen Bt. 4965	Piment..... Kll. 1112	Tapioka.... Sek. 4171
"..... St. 40884	Kasein..... Kll. 3132	Nelken..... K. 4558	Reis..... Sek. 413399	Tee..... 1/4 K. 7581
" Büffel... St. 2394	Kautschuk... Bll. 737	Nüsse, Hasel.. Kll. 2065	" Abfall... Sek. 12612	"..... 1/2 K. 372
" Roß, ges. Bd. 4826	Knochen.... Kll. 4326	" -Kerne Sek. 207	Reisbruch... Sek. 15419	Teer..... Fss. 1318
"..... St. 8954	Knochenmehl Sek. 7441	" Kokos... Sek. 6079	Rinde..... P. 13856	Terpentin... Kll. 1334
Heringe.... Kll. 59544	Konserven... K. 3195	" ger. K. 2312	Roggen.... Bshl. 650885	Tomaten.... Kll. 561
" frische... K. 4500	Kopra..... Sek. 93967	" Muskat... Kll. 846	"..... Sek. 4234	Tran..... Fss. 2643
"..... dz 1320	Korinthen... K. 4840	" Palm.... Kll. 868	"..... Qrt. 4000	Valonea.... Bll. 3403
Hirse..... Sek. 2976	Korken..... Sek. 1356	" Wall.... Sek. 123	Rohr..... P. 6397	Wachs..... Kll. 1125
Holz (sonstiges) Bll. 43723	Korkholz... P. 2095	" (sonstige) Kll. 10337	Rosinen.... Kll. 18785	" vegetab. Kll. 539
" Kiefern... St. 6239	Kupfer..... Brr. 72173	Öl, Bmw.-S... Fss. 800	Saat (sonstige) Sek. 3387	Wein..... Fss. 1165
" Fichten... St. 9320	"..... Kll. 15193	" Erdnuß... K. 153	" Gras.... Sek. 664	Whisky.... K. 510
" Mahag... Bll. 850	"..... Ing. 1490	" Herings... Fss. 3477	" Lein.... Sek. 240918	Weizen.... Bshl. 1802665
" Okumé... Bll. 2494	" Platten... Kll. 189	" Kokosn... Fss. 3279	" Raps.... Sek. 180	"..... dz. 461403
" Teak.... Bll. 671	Lachs..... K. 1697	" Lein.... Fss. 3643	" Tapioka... Sek. 1496	"..... Qrt. 23000
Zedern... Kll. 3637	Leder..... P. 2161	" Masch.... t 160	Sardinen.... K. 8044	Wolle..... Bll. 18702
Holzmasse... Bll. 4259	" Abfall... Bll. 406	" Palm.... Fss. 273	Schmalz.... Eim. 22700	Wollabfall... Bll. 359
Honig..... Kll. 811	Leinsaatkuch. Sek. 7912	" Schmier... Fss. 70561	"..... Fss. 91694	Zellulose... Bll. 7249
Hörner..... St. 1644	Mais..... dz. 73000	"..... t 4500	"..... Frk. 21940	Zimt..... Sek. 885
Ingwer..... Kll. 911	"..... Bshl. 1935652	" (sonstiges) Fss. 10300	"..... K. 31762	Zinn..... Ing. 4710
Johannisbrot Kll. 1058	"..... Sek. 397763	"..... t 10250	"..... Tre. 30819	"..... Plt. 8247
Jute..... Bll. 46795	"..... Qrt. 37000	Orangen.... Kll. 121	Schwefel.... Kll. 3485	Zitronen... Kll. 36787
Kaffee..... Sek. 190228	Malz..... Sek. 55025	Palmkerne... Sek. 22798	Sirup..... Kll. 212	Zucker.... Kll. 1840
Kakao..... Sek. 98836	Mandeln... Sek. 10774	" Mehl... t 12262	Speck..... Kll. 8371	
Kakaopulver. K. 1400	Marmelade... Kll. 730	Petroleum... lbs 1087040	Stahl..... Kll. 1117	
Kämlinge... Bll. 748	Mehl (o. n. B.) Sek. 201636	Pfeffer, schw. Sek. 4836	Stärke (o. n. B.) Sek. 8445	
" Woll... Bll. 995	" Weizen... Sek. 179489	" weißer... Sek. 1373	Steinnüsse.. Sek. 1281	

Fab. Landau

Vermischtes

Vom englischen Jutemarkt schreibt uns Herr Direktor Carl Trapp, Hamburg:

Der gegen Mitte Juli veröffentlichte erste Erntebericht der indischen Regierung, der nur die Anbaufläche, aber nicht den Ertrag schätzt, hat trotz seines ungünstigen Ergebnisses den Rohjuteemarkt bisher wenig beeinflusst. Die Regierung gibt das mit Jute bebaute Areal mit nur 1 538 000 acres an, was einem Quantum von 4% bis 5 Mill. Ballen bei normalem Ertrage entsprechen würde gegen einen Durchschnittsertrag der letzten 10 Jahre von ca. 9% Mill. Ballen. Eine solche Schätzung würde in normalen Zeiten katastrophal gewirkt haben, in diesem Jahr liegen aber die Verhältnisse so, daß die größten Verbraucher, Kalkutta und Dundee, mit sehr großen Vorräten in die neue Saison hineingehen. Die Kalkutta-Fabriken sollen bis April nächsten Jahres versorgt sein und die Dundee-Vorräte sichern den Spinnern eine ähnliche Versorgung, wenn das Geschäft sich nicht erheblich bessert. Über den voraussichtlichen Ertrag lauten die Berichte widersprechend; nach Londoner Privatberichten von Firmen, welche die Hauptanbaugelände bereisen ließen, darf noch nicht einmal auf 4 Mill. Ballen gerechnet werden. — Die Preise für Rohjute sind seit dem letzten Bericht ziemlich unverändert geblieben. Erste Marken notieren 30 £. Der Markt ist jedoch fester geworden. Das Geschäft in Lokoware war in den letzten Wochen bedeutend lebhafter, besonders wurde J.-G.-Bliß-Ware viel gehandelt. Neue Ernte wurde zu 30 £ für erste Marken Substitutes für August/September angeboten, jedoch ohne Käufer zu finden.

Am Dundee-Warenmarkt hat sich die Lage bedeutend befestigt, wenn auch die Kauflust immer noch nicht sehr groß ist. Nach den Sommerferien, die dieses Mal fast durchweg länger ausgedehnt wurden, erwartet man eine wesentliche Belebung des Marktes. Garne wie auch Gewebe zeigen wieder eine steigende Tendenz, 8 lbs Common Cops notieren heute 3 s und 40 in 10½ oz. Hessians 37/8 d je yard. Für Linoleum-Hessians ist der Markt fester. Der Preis ist heute 59/8 d je yard. Sobald eine größere Nachfrage eintritt, dürften die Preise sich voraussichtlich wieder so entwickeln, daß den Fabrikanten wieder ein angemessener Nutzen bleibt.

Für Kalkutta-Ware ist der Markt noch immer sehr schwankend. Die Fabriken haben beschlossen, die viertägige Arbeitszeit zunächst bis Ende September beizubehalten.

Die Preisbewegung der letzten drei Wochen stellt sich wie folgt:

	Rohjute erste Marken Abldg. cif Dundee in £	1 Ball. fob Kalkutta in Rupien	5 6 Cops in Dun- dee perspyndie in s und d	Hessians 40 in 10½ oz Dundee in d
6. 7. 21.	30	65	2/7	380/8
13. 7. 21.	30	70	2/9	380/8
20. 7. 21.	30	67	3/—	382/8

	Linoleum Hess. Bas. 40 in 10½ oz in d	Kalkutta Hess. 40 in 10 oz cif Dundee in s und d	Kalkutta Hess. 40 in 10 oz loko New York in cts	Indischer Wechselkurs in s und d
6. 7. 21.	59/8	21/9	4,20	1/313/16
13. 7. 21.	59/8	23/—	4,25	1/37/8
20. 7. 21.	59/8	21/—	4,25	1/39/4

Vom Rohkapokmarkt schreibt uns Herr Direktor Cantzler, Potsdam: Der auf dem Amsterdamer Rohkapokmarkt augenblicklich notierte Preis für prima Javaware bewegt sich zwischen 62 und 65 cts je ½ kg. Der Verkauf für die Zeit bis zum 31. 7. beträgt 63 308 Ballen. Anfuhr nebst alter Vorrat wurden mit 64 642 Packen registriert, so daß sich am 1. 8. ein Vorrat von 1334 Ballen ergibt. Dies ist eine außerordentlich kleine Menge, und schon hieraus läßt sich die Festigkeit des Marktes entnehmen. Nach der Statistik der vorangegangenen elf Jahre ergibt sich, daß der Verkauf innerhalb von sieben Monaten bisher in keinem Jahre so erheblich gewesen ist wie in diesem. Selbst das bis jetzt günstigste Jahr auf dem Amsterdamer Kapokmarkt, das Jahr 1915, bleibt noch mit etwa 10 % hinter der diesjährigen Verkaufsmenge zurück. Es ist das ein sicheres Zeichen von der wachsenden Beliebtheit in der allgemeinen Verwendung des Materials, nicht zuletzt auch in Deutschland. Hinzu kommt, daß auch die anderen Produktionsländer vermehrte Mengen auf den Markt bringen und Gegenden Kapokländer werden, von denen man es früher niemals angenommen hat. So ist augenblicklich über die Schweiz ein Angebot von ganz vorzüglichem Rohkapok aus Siam auf dem Markt, der bester Java-Provenienz gleichkommt. Auch Mittelamerika entwickelt sich immer mehr zu Kapok liefernden Gegenden, obgleich es dort noch sehr an der richtigen Organisation der Ernten mangelt. Für schwach wird die diesjährige Ernte in Akund angesehen und ist etwa nur mit 50 % einer guten Durchschnittsernte in diesem Material in Britisch-Indien zu rechnen. Die Hauptinteressenten für Rohkapok, die Vereinigten Staaten von Amerika, werden diesmal in größerem Umfange in Java und wohl auch in Britisch-Indien als Käufer auftreten, da ihre eigene Philippinenernte diesmal als ein arger Fehlschlag angesehen wird.